

# Transatlantisches Freihandelsabkommen

## Zur Auseinandersetzung um das „TTIP“ im Europawahljahr

### Angriff auf die Demokratie und auf europäische Sozial- und Umweltstandards statt fairer Handelspartnerschaft

*Wilhelm Neurohr*

Nach der Fixierung Europas auf den liberalisierten „Binnenmarkt“ rückt der globale „Außenmarkt“ wieder verstärkt in den Fokus des Interesses europäischer und transatlantischer Wirtschafts- und Handelspolitik – vor allem auf Drängen der USA, aber auch der deutschen Kanzlerin und der EU-Kommission. Nachdem in der Vergangenheit bereits Zölle weitgehend gesenkt und Subventionen sowie Regulierungen vielfach abgeschafft wurden, soll nunmehr der grenzüberschreitende Handel durch weitere Marktliberalisierung noch massiv gesteigert werden, weil nach „Abbau regulatorischer Hindernisse“ angeblich positive wirtschaftliche Effekte<sup>1</sup> zu erwarten sind. Darüber wird schon seit Beginn der 1990er Jahre diskutiert. Noch mehr Wettbewerb und Wachstum sollen den Wohlstand steigern und zugleich gesellschaftliche Probleme lösen, so lautet die Verheißung der Eliten. Dazu heißt es auf den

1 Es wird u.a. eine Steigerung von 2,5% bis 2,8% des BIP erwartet laut „Wirtschaftswoche“ und „Finanznet“, a.a.O.; die EU-Kommission selber rechnet mit einem zusätzlichen Wachstum des realen Nationaleinkommens der EU von bis zu 0,48% bzw. 86,5 Mrd. €. Der EU-Handelskommissar spricht von 119 Mrd. € jährlich für die Wirtschaft (und 500 € pro Familie in der Geldbörse) – über 10 Jahre gerechnet geht es gerade einmal um insg. 0,5%, also 0,05% pro Jahr.

„Nachdenkseiten“: „Transnational agierende Konzerne, deren Lobbyverbände und Denkfabriken, träumen seit geraumer Zeit von einem globalen Markt ohne Schranken. Lobbyorganisationen und Politik verbünden sich im Freihandelsfieber, um die Führungsrolle in der Weltwirtschaft zu halten und auszubauen.“<sup>2</sup> Das Verhandlungsmandat wurde der EU-Kommission übertragen, die Federführung hat der belgische EU-Handelskommissar Karel de Gucht inne.

Unter dem Kürzel TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) oder auch TAFTA („Transatlantic Free Trade Agreement“) ist das geplante Abkommen zwischen den USA und der EU sowie weiteren Staaten seit Mitte 2013 in der konkreten Verhandlungsphase. Die Inhalte sind stark umstritten. Das Abkommen soll in Form eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen den USA und den Staaten der EU abgeschlossen werden, wobei auch Kanada, Mexiko, die EFTA-Staaten<sup>3</sup>, die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island sowie die EU-Beitrittskandidaten Mazedonien, Türkei u.a. mit einbezogen werden. Einmal in Kraft getreten, wäre es praktisch irreversibel. Zudem kann der Vertragstext mit einem Umfang von ca. 2000 Seiten von den Mitgliedsstaaten nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden, ist also nicht in einzelnen Punkten veränderbar. (Diese in der EU durch das pauschale Verhandlungsmandat zwangsläufig geltende Verfahrensweise wollte US-Präsident Obama kürzlich so auch für den US-Kongress übernehmen, scheiterte damit aber am Widerstand der Abgeordneten seiner eigenen Demokratischen Partei.)

### Die größte Freihandelszone der Welt soll entstehen

In der dann größten Freihandelszone der Welt mit weit über 800 Mio. Einwohnern wird fast 60% des globalen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet und 40% des Welthandels bestritten<sup>4</sup> werden. Damit würde das Abkommen zur „Investitions- und Handelspartnerschaft“ zwangsläufig auch der „restlichen Welt“ die Standards für derartige Abkommen sowie die Spielregeln der Handelsfreiheit auf den globalen Märkten diktieren,<sup>5</sup> wie etwa zwischen der EU und China. Deshalb sprechen einige auch von einer „Elefantenhochzeit“ zwischen den USA und der EU. Die Hans-Böckler-Stiftung<sup>6</sup> sagt hingegen voraus, das TTIP-Abkommen mit den USA werde Handelsverbindungen zementieren, die immer unwichtiger würden – statt neue etwa mit China zu stärken.<sup>7</sup>

2 Charles Derber: „One World“ – Von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung, Europa-Verlag Hamburg 2003; zitiert in [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) vom 27. Januar 2014

3 Der Europäischen Freihandelszone EFTA gehören die nicht der EU beigetretenen europäischen Staaten an, siehe <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17435/europaeische-freihandelszone-efta>

4 <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html>

5 <http://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=12920>

6 <http://www.boeckler.de/index.htm>

7 [www.tagesschau.de/wirtschaft/fac-Freihandelszone-eu-usa102.html/](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fac-Freihandelszone-eu-usa102.html/)

„Mit TTIP soll die Harmonisierung von Arbeits-, Sozial- und Umweltrechten in einem Regelsystem für die Weltwirtschaft durchgesetzt werden. Dazu gehören einheitliche Mindeststandards, die von keinem anderen Land unterschritten werden dürfen.“<sup>8</sup>

- Sind die USA und Europa bei dem Vorhaben wirklich auf gleicher Augenhöhe, sodass TTIP ein „akzeptabler Kompromiss“ werden könnte, wie die EU-Verhandlungsführer behaupten?
- Und können solche Abkommen überhaupt eine gute und faire Handels- und Wirtschaftspolitik ersetzen?
- Müssten solche Abkommen nicht wenigstens begleitet werden durch Vereinbarungen, mit denen die Lage und Lebensqualität der Menschen sowie der Datenschutz verbessert werden?

„Durch eine Freihandelszone EU/USA bleibt im Welthandel kein Stein auf dem anderen“,<sup>9</sup> es sei ein „Sargnagel für den Welthandel“ und überdies ein „Todesstoß für die WTO“ (die jetzt schon am Ende ist), prophezeit Professor Langhammer vom Institut für Weltwirtschaft Kiel.<sup>10</sup> Die großen Verlierer werden die traditionellen Handelspartner der USA sein, nämlich Kanada, Australien und Mexiko; denn mit TTIP verliert die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA<sup>11</sup> an Bedeutung.

Verlierer und Gewinner ließen sich jetzt schon zuordnen: „Verlierer sind die Beschäftigten, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Umwelt und der profitfreie öffentliche Sektor“, so befürchtet Prof. Rudolf Hickel vom wissenschaftlichen Beirat von Attac.<sup>12</sup> Als Gewinner stünden ihnen einzig und allein die multinationalen Konzerne gegenüber. TTIP hat tatsächlich eine „andere Qualität“ als die bereits seit 1959 mit deutscher Beteiligung abgeschlossenen 140 Handels- oder Investitionsabkommen; um die 3000 gibt es inzwischen weltweit,<sup>13</sup> andere sprechen von 1900 Abkommen<sup>14</sup> insgesamt. (Deutschland hatte den ersten bilateralen Investitionsvertrag 1959 mit Pakistan abgeschlossen, zum Nachteil des Entwicklungslandes.<sup>15</sup>) „Die neue Liberalisierungswelle ist umso gefährlicher, weil sie mit transatlantischer Wucht kommt“, so befürchtet sogar der Bayrische Städtetag.<sup>16</sup> Deshalb sollen die eigentlichen Hintergründe, Absichten und Ziele des geplanten Freihandelsabkommen und seine Gefahren und Risiken hier näher betrachtet werden.

## Freie Bahn für Beutezüge der Konzerne?

In diesem Beitrag wird im Folgenden verdeutlicht, dass TTIP von langer Hand auf Betreiben und unter maßgeblicher Beteiligung von Lobbyisten und Profiteuren vorbereitet wurde, beginnend mit einem ersten Entschluss der EU schon im Jahr 1990, vor fast 25 Jahren. Konkret eingeleitet und besiegelt wurde das Vorhaben dann am 30. April 2007<sup>17</sup> auf dem transatlantischen EU-USA-Gipfel zwischen US-Präsident Bush, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Barroso unter Beteiligung von Außenminister Steinmeier. Zunächst wurde ein vorbereitender „Transatlantischer Wirtschaftsrat“ (TEC)<sup>18</sup> zur „Harmonisierung von Marktregulierungen“ und „Beseitigung von Handels- und Investitionsbarrieren“<sup>19</sup> eingerichtet. Das Ziel war die Errichtung eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraumes, auch wenn eine schnelle Konkretisierung an Präsident Bush und der Agrarlobby zunächst scheiterte.

Das Vorhaben an sich sehen Kritiker heute als problematisch an: „Eine transatlantische Freihandelszone, frei von sozialen und moralischen Verpflichtungen, ohne Kontrolle, ohne Rechenschaftspflicht und ohne politische Gegenmacht fördert eine anarchische Weltwirtschaft, der eine nie dagewesene Macht zuteil wird.“<sup>20</sup> Speziell US-Konzerne wie Monsanto, die bislang am europäischen Umwelt- und Verbraucherrecht gescheitert sind, könnten mit ihren Produkten doch noch in Europa Fuß fassen. Denn ein Kapitel zum Verbraucherschutz fehlt bislang völlig in den geplanten Regelungen des Abkommens. Ein „Eldorado für Investoren soll geschaffen werden, die in der Ausübung ihrer Geschäfte nicht mehr durch nationale Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechte oder Verbraucherschutz gehemmt werden wollen. Dieser Traum könnte allerdings zu einem Alptraum für EU-Bürger werden, weil politisch erkämpfte Standards und Schutzrechte mit dem Investor-Staat-Klageverfahren sturmreif geschossen werden.“<sup>21</sup> TTIP wird inzwischen als „Ermächtigungsgesetz für Konzerne“ bezeichnet. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass Europa auch von Amerika lernen kann, weil dort beispielsweise der Zuckergehalt in Nahrungsmitteln besser gekennzeichnet ist...

Die gemeinsame Freihandelszone war und ist gleichwohl ein „Lieblingsprojekt“ der deutschen Kanzlerin, das sie auch 2009 in ihrer Rede im US-Kongress thematisierte<sup>22</sup> und von dem sie sich „binnen-

8 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02. 2014

9 [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Media-Coverage/international/Press\\_Echo\\_\\_int\\_\\_2013/medienecho\\_echo-presse-18-06-2013.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Media-Coverage/international/Press_Echo__int__2013/medienecho_echo-presse-18-06-2013.html)

10 <http://www.theeuropean.de/rolf-langhammer/5930-kritische-sicht-auf-das-freihandelsabkommen>

11 North American Free Trade Agreement

12 taz vom 11.02.2014

13 FAZ vom 25.01.2014

14 WDR 5 im Januar 2014 in einer Sendung zu TTIP

15 Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle, VSA-Verlag 2014, AttacBasisZexte45

16 [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

17 [http://www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/April/0501BPAEUUSASummit.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/April/0501BPAEUUSASummit.html); [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/EU-USA\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/EU-USA_node.html), <http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC/TECtransatlWirtschaftsrat/print.html>

18 <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Transatlantischer-Wirtschaftsrat-tritt-erstmals-zusammen-248117>

19 <http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC/AufbauArbeitTEC>

20 Charles Derber: „One World“, von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung, Europa-Verlag Hamburg 2003; zitiert in [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) vom 27. Januar 2014

21 [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

22 <http://www.cducus.de/presse/pressemitteilungen/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-ist-wichtiger-denn-je-fuer-die/>

marktähnliche Strukturen“ erhofft.<sup>23</sup> Wörtlich sagte sie im US-Kongress: „Ebenso kann der Transatlantische Wirtschaftsrat eine wichtige Aufgabe erfüllen. Wir können damit Subventionswettläufe verhindern und Anstöße zum Abbau von Handelshemmnissen zwischen Europa und Amerika geben. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns gemeinsam für eine Weltwirtschaftsordnung eintreten, die im Interesse Europas und Amerikas ist.“<sup>24</sup> Es geht also erklärtermaßen um eine (neue) Weltwirtschaftsordnung vornehmlich im Interesse Europas und Amerikas.

## Starke antidemokratische Tendenzen

Auch die deutschen Koalitionsparteien CDU und SPD erklärten 2013 nach gemeinsamen Arbeitsgruppensitzungen, das Freihandelsabkommen mit den USA „entschlossen voranzutreiben“.<sup>25</sup> Sie wollen „die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss führen“, weil das geplante „Freihandelsabkommen mit den USA eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen“ sei. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag: „Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich abzubauen.“

- Warum aber wird das Ganze behandelt wie eine „geheime Kommando-Sache“?
- Warum erhielten bislang weder die Mitgliedsstaaten der EU noch andere EU-Kommissare außer dem zuständigen Handelskommissar, geschweige denn die Abgeordneten des Europa-Parlaments bzw. der nationalen Parlamente, Einblick in die geheim gehaltenen Verhandlungsdokumente für das TTIP-Abkommen?

Diese Haltung offenbart Abgründe im Demokratieverständnis der deutschen Regierung und der EU-Kommission:

## Wird der Bürger als Gefahr gesehen?

Politiker verhandeln mit Unternehmen über Belange der Bevölkerung – während diese völlig außen vor bleiben soll?

Die Versicherung der schwarz-roten Parteipolitiker, auf soziale, ökologische und rechtliche Standards bei dem Abkommen zu achten und auf zulässige Ausnahmen zu drängen, erscheinen wie „bloße Lippenbekenntnisse, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen“<sup>26</sup>, kritisiert Attac. Seitdem mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 das Handelsmandat auf die EU übertragen wurde, sind die Mitgliedsstaaten außen vor.

23 <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html>

24 <http://www.welt.de/politik/ausland/article5079678/Angela-Merkels-Rede-im-US-Kongress-im-Wortlaut.html>

25 Inlandsmeldungen vom 5.11.2013

26 Attac in einer Presseerklärung vom 5.11.2013

Der Freihandel stärkt also nicht die Demokratie, wie immer wieder behauptet wird, sondern weist stark antidemokratische Tendenzen auf. Das ganze Modell des Freihandels incl. der Stoßrichtung dieser Verträge ist problematisch und gefährdet auch Verfassungs- und Menschenrechte.<sup>27</sup> Es erscheint eher wie eine Unterwerfung der Staaten unter eine neue Weltordnung, in der nicht demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Finanzeliten darüber bestimmen, was für öffentliche und private Daseinsfürsorge notwendig ist.<sup>28</sup> „Einer der fiesesten Lobbyisten-Tricks ist das Andocken an internationale Handelsabkommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden.“<sup>29</sup> Obwohl TTIP sich wahrscheinlich noch stärker auf den Geldbeutel der Wähler auswirken wird als die Energiewende, wird es im Wahlkampf viel zu wenig thematisiert. Lobbynetzwerke sind dagegen viel näher am Thema und Teil der Vorbereitungsprozesse, sodass der harte Vorwurf eines „Komplots der Konzerne gegen Rechtsprechung und Demokratie“<sup>30</sup> nicht an den Haaren herbeigezogen scheint.

Bezeichnend und entlarvend ist auch eine Textpassage im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien SPD und CDU, die als gemeinsames Ziel den Abschluss des Freihandelsabkommen TTIP bis spätestens Ende 2015 wollen: „Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist ein verringerter Regelungsaufwand auf Ebene der EU erforderlich. Die EU-Kommission muss Regelungsbereiche identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der Regulierungskosten bieten, vor allem soweit sie für kleine und mittlere Unternehmen besonders relevant sind. Für diese Bereiche fordern wir konkrete Abbauziele. Dem Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz muss dabei Rechnung getragen werden. EU-Vorgaben wollen wir grundsätzlich ‚eins zu eins‘ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.“<sup>31</sup>

## Der Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die EU-Handelspolitik

Nach nur schleppenden Verhandlungen des vorbereitenden Transatlantischen Wirtschaftsrates TEC, riet die Bertelsmann Stiftung in einem „Strategiepapier“ dazu, dieses Gremium in der Hierarchie künftig ganz oben beim amerikanischen Vizepräsidenten und dem EU-Kommissionspräsidenten zu platzieren.<sup>32</sup> Auf dem 10. Internationalen Bertelsmann Forum (IBF) in Berlin zur Zukunft der EU<sup>33</sup> in 2006,

27 <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/536.html>

28 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/?s=ttip&searchsubmit=>

29 <http://www.neunetz.com/2013/03/20/trips-acta-tafta-internationale-handelsabkommen-als-trojanische-pferde/>

30 Aussage auf einer Attac-Veranstaltung in München

31 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/27/koalitionsvertrag-die-plaene-der-bundesregierung-fuer-europa/>

32 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-braucht-mehr-biss/3288020.html>

33 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/>

hielt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine europapolitische Grundsatzrede<sup>34</sup>, bei der sie eine „neue wirtschaftliche Dynamik bei fortschreitender Liberalisierung der Märkte“ einforderte sowie eine darauf bezogene „Neubegründung Europas“<sup>35</sup>.

Zugleich plädierte die Bertelsmann-Stiftung dafür, „den Nutzwert Europas für den Bürger in neuen Großprojekten spüren zu lassen“.<sup>36</sup> 2008 ergänzte sie in einem Strategiepapier<sup>37</sup> ihre Vorstellungen über die „künftige globale Machtenfaltung Europas“ und über ein „modernisiertes transatlantisches Verhältnis“ mit „strategischen Optionen“, auch zur Sicherung von Unternehmensinteressen. TTIP ist mit Sicherheit eines dieser machtvollen Großprojekte „im Unternehmensinteresse“. In einer eigenen Studie prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung übertrieben hohe wirtschaftliche Nutzeffekte durch TTIP bezüglich Wachstum und Arbeitsplätzen – sie trifft jedoch der Vorwurf der Befangenheit, da sie seit 2011 einem in seiner Zusammensetzung geheim gehaltenen Beratungsgremium<sup>38</sup> für die TTIP-Vorbereitung angehört, das von Präsident Obama und EU-Ratspräsident Van Rompuy auf einem Gipfeltreffen eingerichtet wurde.

### Mahnung zur Eile, bevor Kritiker mobil machen

Im Unternehmens- und Bankeninteresse empfahl die Deutsche Bank 2013 die strikte Einhaltung des straffen Zeitplanes für das Freihandelsabkommen, bevor sich in Europa die kritischen Stimmen der NGOs verstärken.<sup>39</sup> Dazu passt die Mahnung von US-Vizepräsident Jo Biden im Februar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz, Eile bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP oder TAFTA walten zu lassen, die „nur mit einer Ladung Benzin durchzuziehen“ seien.<sup>40</sup> Auch EU-Kommissionspräsident Barroso und Kanzlerin Merkel stimmten ein: Keine Ausnahmen, ein sehr

allgemeines Mandat und „nur schnelle Verhandlungen“ könnten helfen, gegnerische Populisten und Lobbyisten „in Schach zu halten“.<sup>41</sup> Dass die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen deshalb „schnell abgeschlossen werden müssen“, forderte auch der französische Regierungschef und Sozialist Hollande bei einem Treffen mit US-Präsident Obama im Februar 2014.<sup>42</sup> Denn in seinem Nationalparlament gab es schon heftiges Aufbegehren.

- Sollen alle Kritiker, die sich einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ unter Konzernherrschaft widersetzen, ausmanövriert werden?

Andererseits haben 600 offizielle Berater von Großkonzernen privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern, wie Lori Wallach, eine auf Handelsrecht spezialisierte Anwältin aus den USA (von der weltweit größten Verbraucherschutzorganisation „Public Citizen’s Global Trade Watch“ mit Sitz in Washington<sup>43</sup>) aufgedeckt hat. Für TTIP macht sich u.a. auch die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE)<sup>44</sup> stark und fordert oberste Priorität für den Abbau nicht-tarifärer und regulatorischer Handelshemmnisse. Ebenso gehört der Deutsche Bauernverband (DBV)<sup>45</sup> zu den Befürwortern und sieht „Chancen für den Agrarmarkt“, derweil die Agrarindustrie der USA die Landwirtschaft weiter industrialisieren will. In den USA macht besonders der US-Energie-Konzern Chevron für TTIP mobil und hat sogar einen kompletten Beitrag für die US-Konsultationen zum Verhandlungsteil Investitionsschutz geliefert.<sup>46</sup> Damit will er regulatorische Eingriffe bei den kapitalintensiven Langzeit-Investitionen für große Energieprojekte verhindern. Die Unternehmensinteressen an einer weiteren Marktliberalisierung sind also vielfältig.

Im November 2013 gelangte ein vertrauliches Papier an die Öffentlichkeit, mit dem die EU-Kommission die Mitgliedsregierungen und Staatsmänner anweist, für eine TTIP-freundliche Berichterstattung zu sorgen, die Bevölkerung TTIP-positiv zu stimmen und Zweifel am TTIP so schon von vornherein zu zerstreuen.<sup>47</sup> Der zuständige EU-Handelskommissar Karel de Gucht beklagte sich anschließend öffentlich darüber, dass ausgerechnet die deutsche Regierung dem zu wenig nachkomme. Inzwischen wirbt Bundespräsident Gauck öffentlich für das Freihandelsabkommen.<sup>48</sup> Offensichtlich haben sich politische und wirtschaftliche Eliten zusammengetan, um in „machtvoller Geheimnistuerei“, intransparent und ohne demokratische Legitimation, Konzerninteressen zum Durchbruch zu verhelfen – so und ähnlich lauteten

SID-2CA8C30C-22F5659D/bst/hs.xsl/33440.html

34 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-2E3F004C-8E2366/bst/hs.xsl/33710.htm>

35 <http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ibf.php>

36 [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_18553\\_18554\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_18553_18554_2.pdf)

37 Das Strategiepapier, das die Firmenstiftung des Medienkonzerns Bertelsmann unter dem Titel „Beyond 2010 – European Grand Strategy in a Global Age“ veröffentlicht hat, ist von der sogenannten Venusberg-Gruppe erstellt worden. Bei dieser handelt es sich um einen Expertenzirkel, der seit 1999 kontinuierlich tätig ist – ebenfalls auf Initiative der Bertelsmann-Stiftung, die als mit Abstand einflussreichster privater Thinktank der Bundesrepublik gilt. Zahlreiche Konzept- und Strategiepapiere der Stiftung sind in den vergangenen Jahren zur Grundlage für politische Maßnahmen Berlins und Brüssels geworden. In der „Venusberg-Gruppe“ arbeiten sechs Experten der Stiftung gemeinsam mit sieben weiteren Wissenschaftlern und Politikern aus unterschiedlichen europäischen Staaten an Blaupausen für die künftige EU-Außen- und Militärpolitik. Das jetzt vorliegende Dokument ist bereits ihr drittes umfassendes Strategiepapier. Siehe auch <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11983>

38 EU-US High Level Working Group on Jobs and Growth, siehe <http://ec.europa.eu/enterprise/policies/international/cooperating-governments/usa/jobs->

39 [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000323269.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000323269.pdf)

40 [www.unesco.de/8034.html](http://www.unesco.de/8034.html)

41 ebenda

42 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>

43 <http://www.citizen.org/trade/>

44 <http://www.bve-online.de/>

45 <http://www.bauernverband.de/>

46 Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle; VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

47 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35 vom Januar 2014 sowie [www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)

48 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/trotz-nsa-affaere-gauck-wirbt-fuer-freihandelsabkommen-a-946081.html>

die kritischen Reaktion darauf. Natürlich wissen die Verantwortlichen mit ihrer Geheimniskrämerei ganz genau, dass sie dieses Abkommen anders nicht durchbekommen würden.

Immerhin forderte der deutsche FDP-Vorsitzende Christian Lindner im Oktober 2013 in einem Gastbeitrag für die FAZ mit dem Titel „Freiheit geht vor Freihandel“, dass „Gespräche über ein transatlantisches Freihandelsabkommen ohne transatlantisches Datenschutzabkommen keinen Sinn ergeben“.<sup>49</sup>

### TTIP im Kontext der übrigen zahlreichen Handelsabkommen

Ein Anliegen dieses Beitrages ist es auch, TTIP im Kontext der zahlreichen anderen internationalen und multilateralen Handelsabkommen und Bestrebungen (auch der WTO und der OECD u.a.) zu betrachten. Denn von GATT über GATS und TRIPS<sup>50</sup> etc. bis zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und TTIP sowie neuerdings PTiSA<sup>51</sup>, die alle nicht zu einer fairen Handelspartnerschaft beitragen, wird durchgängig eine einheitliche Stoßrichtung erkennbar: das Streben nach einer Vormachtstellung internationaler Dienstleistungs- und Handelskonzerne über demokratisch legitimierte staatliche Vollmachten. Das bedeutet die Beendigung des Primats der Politik. TTIP ist ein neuer und gewaltiger Vorstoß in diese Richtung, quasi eine „Allzweckwaffe von Unternehmen in politischen Auseinandersetzungen“, wie es die Organisation „Corporate Europe Observatory“<sup>52</sup> benennt. Bisherige Abkommen hätten etliche Milliarden Dollar fast ausschließlich in Konzernkassen fließen lassen.<sup>53</sup> Wie ein Spinnennetz wird ein Geflecht von miteinander verwobenen Liberalisierungsabkommen um den Globus gesponnen, aus dem es schließlich kein Entrinnen mehr gibt.

Dass trotz alledem die deutsche Bundesregierung und ihre Kanzlerin, aber auch der Koalitionspartner SPD nicht erst seit dem Koalitionsvertrag,<sup>54</sup> Befürworter und sogar „Treiber“ des TTIP-Vorhabens in der EU sind – obwohl sie laut Amtseid Schaden vom Volk abzuwenden haben – wird immer offenkundiger. Schon der damalige deutsche EU-Kommissar und EU-Vizepräsident Günter Verheugen (SPD, vormals FDP) hatte sich als Vorsitzender des TEC-Wirtschaftsrates (zusammen mit dem jeweiligen Wirtschaftsberater des US-Präsidenten als Ko-Vorsitzendem und den EU-Kommissaren für Handel, Außenbeziehungen und Binnenmarkt)<sup>55</sup>, für das Freihandelsabkommen stark gemacht, dessen negative Auswirkungen bis in die kommunale Selbstverwaltungsebene mit den

öffentlichen Dienstleistungen für die Daseinsfürsorge reichen würden (wie schon zuvor bei der ebenfalls umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Konzessionsrichtlinie, dem gescheiterten ACTA-Abkommen zur Produkt- und Markenpiraterie oder beim GATS-Abkommen)<sup>56</sup>.

### Einschränkung kommunaler Planungs- und Gestaltungshoheit

Neben den Verhandlungen über das TTIP-Abkommen haben zu allem Übel im Frühjahr 2013 gleichzeitig auch Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services)<sup>57</sup> begonnen, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das 1995 in Kraft trat. Nunmehr geht es unter dem Kürzel PTiSA (Plurilateral Trade in Services Agreement) um ein „plurilaterales“ Abkommen über Dienstleistungen mit mehreren außereuropäischen Vertragspartnern.<sup>58</sup> Damit wird eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels angestrebt. Während in der EU noch ein bemerkenswerter Sektor an öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand sind, wurden diese Dienstleistungen in den USA bereits weitgehend liberalisiert. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge wird allein mit schwammigen Vertragsklauseln über „Dienste von allgemeinem Interesse“ ohne klare Definition keineswegs gesichert.<sup>59</sup>

Das erregt große Besorgnis vor allem auch bei den Kommunen, weil damit gleich zwei globale Abkommen die öffentlichen Dienstleistungen international liberalisieren wollen. Das EU-Handelsmandat für TTIP umfasst auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz. Eine Mitwirkung der Kommunen an den Verhandlungen ist jedoch nicht vorgesehen. Deshalb sorgt sich u.a. der Verband der kommunalen Wasserwirtschaft (VKU)<sup>60</sup> erneut um Beeinträchtigungen für die kommunale Wasserwirtschaft und den Gewässerschutz durch die beiden Abkommen. Darum hat er bereits aus kommunaler Sicht Stellung genommen, wurde doch gerade erst, nach langem Kampf, die Wasserwirtschaft aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen. Autonome Gestaltungsräume von Gebietskörperschaften innerhalb der EU können nur dann geschützt und gesichert werden, wenn sie gar nicht erst Gegenstand von Handels- und Investitionsverträgen werden.

Bei näherem Hinsehen werden durch das TTIP-Abkommen viele Regelungen infrage gestellt, die der kommunalen Planungshoheit unterstehen: einschränkende Raumordnungs- und Flächennutzungspläne,

49 [www.christian-lindner.de](http://www.christian-lindner.de)

50 Siehe hierzu zahlreiche vertiefte Beiträge in früheren Dreigliederungs-Rundbriefen

51 Plurilateral Trade in Services Agreement (in Verhandlung befindliches Nachfolgeabkommen für GATS)

52 <http://corporateeurope.org/>

53 [www.camoact.de](http://www.camoact.de), Kampagne „Stoppt TTIP“

54 Siehe Text des Koalitionsvertrages unter <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

55 <http://erikamann.com/themen/transatlantischebeziehungeneuus/TEC/AufbauArbeitTEC>

56 [http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie\\_2006/123/EG\\_%C3%BCber\\_Dienstleistungen\\_im\\_Binnenmarkt](http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/123/EG_%C3%BCber_Dienstleistungen_im_Binnenmarkt)

57 Siehe u. a. Rundbrief Dreigliederung Nr. 2/2001, Christoph Strawe: „Wem dient GATS“

58 [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

59 Fisahn/Klimenta: „Die Freihandelsfalle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

60 [ww.vku.de/wasser/ordnungspolitik/freihandelsabkommen/ttip](http://ww.vku.de/wasser/ordnungspolitik/freihandelsabkommen/ttip)

Bebauungspläne z.B. mit Ansiedlungsverbot von Kaufmärkten auf grüner Wiese, kommunale Nachhaltigkeits- und Klimaschutzregelungen, planerische Umweltauflagen etc. Gleiches gilt aber auch für Ratsbeschlüsse zur Fair-Trade-Stadt, zur öffentlichen Auftragsvergabe nur an Firmen mit tarifgerechter Bezahlung und mit bestimmten Umweltstandards sowie Anschluss- und Benutzungszwang sauberer Energieträger, zur Subventionierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, zum subventionierten öffentlichen Personennahverkehr, zu Wirtschaftsförderungsregeln zur bevorzugten Förderung des örtlichen und regionalen Handels sowie zur Gründung eigener Stadtwerke und Wasserwerke. Letztere sind gerade im Zuge von Rekommunalisierungsbestrebungen an vielen Orten in der Gründungsvorbereitung. Sie wollen ihre Beiträge zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten.

Von dem nun zusätzlich geplanten PTiSA-Abkommen für den Dienstleistungshandel über Europa hinaus wären fast alle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge betroffen, wie z.B. in den Bereichen Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung. Es wird angezweifelt, ob die EU in den Verhandlungen willens und in der Lage ist, die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland hinreichend zu schützen. Denn die Kommunen stehen bei den geheimen Verhandlungen ebenso draußen vor der Tür wie die europäische Bürgergesellschaft.<sup>61</sup>

Die kommunale Daseinsvorsorge als Teil des Sozialstaatsprinzips sowie das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung sind durch die geplanten Abkommen ernsthaft in Gefahr. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich die negativen Folgen und Gefahren für die Kommunen auszumalen.<sup>62</sup> Doch der mitverantwortliche EU-Direktor Rupert Schlegelmilch wies Befürchtungen zurück, dass bei den Verhandlungen mit den USA öffentliche Leistungsbereiche wie die Wasserversorgung oder der öffentliche Nahverkehr zur Disposition gestellt werden könnten: „Ich möchte ganz klar sagen: wir haben nicht vor, irgendeine Kommune in Deutschland oder Europa zu zwingen, zu liberalisieren.“<sup>63</sup>

- Warum aber werden dann die öffentlichen Dienstleistungen nicht ganz aus TTIP herausgenommen?

## Lockende Privatisierung auf dem Dienstleistungssektor

Dienstleistungsmärkte funktionieren schließlich nicht wie Warenmärkte. Der kleine entscheidende Unterschied ist: Dienstleistungen werden von Menschen für Menschen erbracht<sup>64</sup> – wenngleich das in

61 [www.bay-staedetag.de](http://www.bay-staedetag.de)

62 Dies auch Thema einer Sonderveranstaltung im Rahmen von „Stuttgart Open Fair“ am 19. März 2014 im Stuttgarter Forum3 unter dem Titel: „Die Freihandelsfalle verhindern“: <http://www.forum3.de/vortraege/284/>

63 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>

64 <http://www.einblick-archiv.dgb.de/download/2004/21/tx042102.htm/>

Bezug auf die ebenfalls zur Deregulierung statt zur strengeren Regulierung anstehenden Finanzdienstleistungen inzwischen vielfach bezweifelt werden darf. Besonders sorgen sich also die Kommunen um ihre kommunalen Dienstleistungen für die öffentliche und örtliche Daseinsvorsorge, die sie schon einmal gegen das GATS-Abkommen und die in zahlreichen Punkten abgeschwächte EU-Dienstleistungsrichtlinie verteidigen mussten. Der mit TTIP bevorstehende Kampf für das Gemeinwohl wird ein noch härterer „Kampf von David gegen Goliath“.

Auch wenn laut EU-Vertrag von Lissabon die öffentlichen Dienstleistungen Angelegenheit der nationalen Regierungen sind, sind Freihandelsgegner besorgt: Anstatt das Freihandelsabkommen für nur ganz eng begrenzte Bereiche von Dienstleistungen zu öffnen, wird erst einmal alles offengehalten, so dass eine Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungen in großem Umfang zu befürchten ist. TTIP soll über bisherige bi- und multilaterale Handelsabkommen noch hinausreichen, d.h. insbesondere eine weitergehende Liberalisierung des gesamten „überregulierten“ Dienstleistungsbereiches durchsetzen. Denn der EU-Binnenmarkt und die globalen Handelsmärkte sind heutzutage in erster Linie Dienstleistungsmärkte: Auf dem europäischen Binnenmarkt machen die Dienstleistungen 60% bis 70% der Aktivitäten aus.<sup>65</sup> Alleine die kommunalen Dienstleistungen von ca. 11.200 Kommunen in Deutschland<sup>66</sup> und der (grob geschätzt) über 200.000 Gebietskörperschaften in Europa<sup>67</sup> wecken mit ihren öffentlichen Dienstleistungen Begehrlichkeiten auf den Märkten bezüglich einer gewinnbringenden Privatisierung und damit Kommerzialisierung durch Investoren. Hinzu kämen 275 große Städte in den USA sowie 3.144 Countys als mittlere regionale Verwaltungsebenen mit Hunderttausenden Ortschaften, wo allerdings vieles bereits jetzt schon durch Private erledigt wird.

## Massive Bedenken und Sorgen der Kritiker von TTIP

Die Kritiker aus der Zivilgesellschaft und den NGOs sehen in dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP – auch „Wirtschafts-NATO“ genannt – ein Art „trojanisches Pferd“<sup>68</sup> bzw. eine „Freihandelsfalle“ mit durchschaubaren Absichten dominierender Lobbyisten und Konzernvertreter, die in die bislang nicht-öffentlichen Verhandlungen von Anfang an, aber auch schon im Vorfeld, eingebunden waren. Ihnen gehe es mit der „konzerngesteuerten Agenda“ um den unumkehrbaren Abbau europäischer Sozial- und Umweltstandards sowie des Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzes, der demokratischen Bürgerrechte und des Datenschutzes etc., die sogenannte „Handelshemmnisse“ darstellen. Fast alles gerate ins

65 <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Mittelstand/Mittelstandspolitik/dienstleistungen,did=239888.html>

66 [http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde\\_%28Deutschland%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde_%28Deutschland%29)

67 In vielen EU-Ländern gibt es keine Gemeindestatistik und andersartige Gliederungen der Gebietskörperschaften wie in Deutschland.

68 <https://www.campact.de/presse/mitteilung/campact/unterstuetzen/pm-2013-0618ttipprotest/>

Rutschen: Klimaschutz, Energiewende, Umwelt- und Sozialgesetze, Bildung, öffentliche Dienste, Daseinsvorsorge, Arbeitszeiten, Mindestlöhne, Banken- und Finanzmarktregulierungen, Lebensmittel- und Produktsicherheit, diverse Kennzeichnungspflichten, Datenschutz u.v.m. Es gehe also nicht nur um rein handelsbezogene Bestimmungen.<sup>69</sup> Der Zugang zu Medikamenten soll begrenzt und lokale und regionale Kaufstrategien unterbunden werden. Arbeitnehmerschutzrechte und Lebensmittelkennzeichnungen sollen gelockert werden usw. Das deutsche Wirtschaftsministerium tue so, als wisse es von alledem nichts – oder es stelle sich nur unwissend, beklagt die Gewerkschaft ver.di.<sup>70</sup>

Ferner geht es bei TTIP um den höchsten bisher erreichten Investitionsschutz und den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen auf allen Ebenen nach dem Prinzip der Inländerbehandlung.<sup>71</sup> Zudem sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und damit Bürgerbeteiligung „ausgebremst“ werden. Das bedeute zwangsläufig eine Schwächung der rechtlichen Position von Staaten gegenüber internationalen Konzernen, denen Klagemöglichkeiten vor nichtöffentlichen Schiedsgerichten als „geheime Schattengerichte“ außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingeräumt werden sollen.<sup>72</sup> Sie würden Staaten aus Sorge vor unternehmerischen Schadenersatzforderungen dazu bringen, von vornherein von etwaigen Gesetzgebungsvorhaben zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt abzusehen. Dies bedeute eine „Unterwerfung der Teilnehmerstaaten unter Konzerninteressen“<sup>73</sup> und eine Preisgabe der demokratischen Gewaltenteilung. Freier Handel dürfe sich nicht der Justiz demokratischer Staaten oder regulärer internationaler Gerichtsbarkeit entziehen. Als Negativbeispiele gelten die Klage des US-Ölkonzerns Oxy gegen den Staat Ecuador im Jahr 2006, die laufende Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen die deutsche Bundesrepublik nach der Energiewende sowie eine zurückliegende Klage gegen die in Kanada geltende Einschränkung des umstrittenen Fracking zur Erdgasgewinnung.

Befürworter halten entgegen, dass die Prozessordnung des von allen Vertragspartnern anerkannten Schiedsgerichts in Kursen der UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) gelehrt werde und die Schiedsgerichte mit Vertretern aus beiden betroffenen Ländern besetzt seien.<sup>74</sup>

## Zivilgesellschaft lehnt TTIP ab und klärt die Öffentlichkeit auf

Es gibt aber noch weitere Sorgen seitens der Zivilgesellschaft: Mit der angestrebten „Harmonisierung von Standards“ und dem Abbau „nichttarifärer Handelsbeschränkungen“<sup>75</sup> sei die Absenkung auf die jeweils niedrigsten Standards zu befürchten sowie ein neuerlicher Angriff auf den Sozialstaat. Im Ergebnis würden sich für die Menschen soziale Ungleichheiten und unfaire Handelsbeziehungen verstärken und Schutzrechte für Umwelt, Klima, Verbraucher usw. geopfert. Damit würden internationale Megakonzerne die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung verhindern.<sup>76</sup> Mit TTIP und anderen Freihandelsverträgen würde auch die beabsichtigte weitere Deregulierung der Finanzdienstleistungen ermöglicht und damit der Weg in die nächste verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise geöffnet. Es droht zudem eine verschärfte Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, Ausgliederungen und Deregulierungen, zunehmende Niedriglohn-Jobs im Dienstleistungsbereich wie auch eine geringere Tarifbindung, ferner Arbeitsplatzverluste in ländlichen Gebieten und zunehmende Einkommensungleichheit.<sup>77</sup>

TTIP gefährdet zudem unsere Gesundheit, denn was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal – so wäre der Weg frei z.B. für das ökologisch umstrittene Fracking zur Erdgasgewinnung, für Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft würde geschwächt und die Agrarindustrie erhalte noch mehr Macht. Schließlich könnte TTIP auch als „Waffe gegen Mindestlöhne“ genutzt werden, denn auch diese könnten als unzulässige „indirekte Enteignungen“ von ausländischen Investoren im jeweiligen Gastland betrachtet werden.

Das sind die Gründe, warum eine handelspolitische Debatte ein so breites Bündnis an Kritikern und Skeptikern hervorgerufen hat wie noch nie zuvor – vom deutschen Kulturrat und Börsenverein des deutschen Buchhandels bis zur kommunalen Wasserwirtschaft.<sup>78</sup> Bereits im Dezember 2013 haben sich über 200 Organisationen in Europa, den USA und weiteren Staaten zusammengetan. Sie fordern von Karel van Gucht sowie vom EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz einen Verhandlungsstopp, auch aus Sorge um die gefährdete Demokratie in

69 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35/2014

70 ver.di Publik Nr. 8 von Dezember 2013

71 Siehe „Gegenblende“, das gewerkschaftliche Debattemagazin des DGB vom 29. September 2013

72 [http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte45-Klimenta-TTIP\\_01.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte45-Klimenta-TTIP_01.pdf)

73 Siehe Internetseiten von ATTAC, campact, BUND, infairhandelbar u.v.a. sowie [wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)

74 [www.profil.at/articles/1403/982/371566/ttip-warum-panik-vor-dem-freihandelsabkommen-unbegruendet-ist](http://www.profil.at/articles/1403/982/371566/ttip-warum-panik-vor-dem-freihandelsabkommen-unbegruendet-ist)

75 Darunter versteht man indirekte protektionistische Maßnahmen der Außenhandelsbeschränkung, die nicht Zölle, Abschöpfungen oder Exportsubventionen sind. (NTBs = Non-tariff barriers to trade). Sie erschweren den Marktzugang ausländischer Anbieter. Als hinderlich werden z.B. „Local-Content-Gesetze“ betrachtet, mit denen bestimmte Anteile eines Endproduktes aus inländischer Herstellung (z.B. bei der KFZ-Herstellung) gemeint sind, aber auch technische Normen und Standards wie DIN, Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften (wie „Made in Deutschland“), Antidumping-Regeln, Sozial- und Umweltstandards, Ausschreibungsmodalitäten von Aufträgen (z.B. im Bauwesen), Importdepots oder Diskriminierungen bei der Zollabwicklung u.a.m. Siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Nichttarif%C3%A4res\\_Handelshemmnis](http://de.wikipedia.org/wiki/Nichttarif%C3%A4res_Handelshemmnis)

76 ebenda

77 [www.camapct.de](http://www.camapct.de)

78 [www.greenpace.de](http://www.greenpace.de)

Europa und weltweit.<sup>79</sup> Das Umweltinstitut München hat gemeinsam mit Naturschutz- und Bio-Anbauverbänden eine Petition<sup>80</sup> an Bundeskanzlerin Merkel gegen das TTIP-Abkommen gestartet. Laut campact sind nur 119 Unternehmensvertreter eingeweiht.<sup>81</sup>

Im deutschen Bündnis „UNFAIRhandelbar“ hatten sich bereits 22 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengetan, um über die Gefahren und Risiken von TTIP aufzuklären.<sup>82</sup> Sie haben ein bereits im Sozialimpulse Nr. 3/2013<sup>83</sup> veröffentlichtes Positionspapier verfasst: „TTIP nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders!“<sup>84</sup> Hunderttausende Menschen hatten allein auf der deutschen Webseite von campact<sup>85</sup> einen Stopp der Verhandlungen mit den USA gefordert. Zwischenzeitlich hat sich diese Protestbewegung erheblich erweitert bis hinein in die Politik (auch die Grünen<sup>86</sup> und die Linkspartei<sup>87</sup> lehnen als Oppositionsparteien TTIP inzwischen ab, da sie sozial-ökologische Errungenschaften in Gefahr sehen). Die Grünen haben eigene „Verhandlungsleitlinien“ entworfen. Inzwischen fordern sogar die Sozialdemokraten im Europaparlament, die umstrittene Schiedsgerichts-Regelung ISDS („Investor-state-dispute-settlement“) in den Verhandlungen ganz fallen zu lassen.<sup>88</sup>

Massive Kritik entzündete sich vor allem an den geheimen und intransparenten Verhandlungen, die einer Demokratie unwürdig sind und vermuten lassen, dass die wahren Absichten vor der kritischen Öffentlichkeit verborgen bleiben sollen. Sogar die Parlamentarier sind weitgehend außen vor, da sie zwar über das Abkommen als Gesamtpaket am Ende abstimmen dürfen, aber keine Einzelheiten des Verhandlungspaketes beeinflussen können, zumal es dazu immer der Zustimmung auch der anderen Vertragspartner bedarf. Gleichwohl plädiert der CDU-Europaparlamentarier Daniel Caspary dafür, in einer öffentlichen Anhörung der NGOs den Befürchtungen der Bürger „mit sachlichen Argumenten entgegenzutreten“.<sup>89</sup>

## Einschränkung der kulturellen Freiheit

Überdies will das Abkommen auch die kulturellen Dienstleistungen als Handelsgüter einbeziehen und würde so die Abhängigkeit der Kultur von der Ökonomie verstärken und die kulturelle Freiheit

einschränken.<sup>90</sup> Doch Kultur und Umwelt brauchen keine Deregulierung. Aus Sorge um die kulturelle Vielfalt haben sich sowohl der Deutsche Kulturrat wie auch der WDR-Rundfunkrat, die Akademie der Künste und die Gewerkschaft ver.di unter Berufung auf die UNESCO-Kulturkonvention mit deutlichen Worten kritisch bis ablehnend hierzu geäußert (siehe auch nähere Ausführungen in dem Beitrag zur Europakrise in diesem Rundbrief). Kulturelle Güter und Dienstleistungen vollends dem Markt zu überlassen – „Kultur als Ware“ gehandelt – hätte verheerende Folgen. In Deutschland träfe das etwa die Buchpreisbindung, die Filmförderung oder den verminderten Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter.<sup>91</sup> Der WDR-Rundfunkrat fragt:

- „Wollen wir wirklich, dass unser europäisches Wirtschaftsmodell noch stärker als bisher an das Wirtschaftssystem der USA angepasst wird?“<sup>92</sup>

Die Kulturschaffenden fordern die Herausnahme des Kultur- und Mediensektors aus dem Abkommen. Arg betroffen wären auch die kulturellen Aktivitäten der Kommunen sowie ihr Auftragswesen. Mit der angestrebten Gleichbehandlung bei öffentlichen Aufträgen würde überdies bis hinunter auf die kommunale Selbstverwaltungsebene in die demokratisch legitimierte Regelungskompetenz und Hoheit der öffentlichen Hand eingegriffen. Darum gab es hunderte Gespräche der Verhandlungsführer mit Industrielobbyisten.

„Im Namen des Volkes“ verhandeln also von niemandem gewählte Funktionäre mit der Privatwirtschaft über die Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung in Europa, so lautet die harsche Kritik aus der Zivilgesellschaft.<sup>93</sup> Große Empörung rief vor allem die Entsendung eines „berühmten Industrielobbyisten“ namens Klaus Heiner Lehne<sup>94</sup> (EU-Abgeordneter der CDU / Fraktion EVP) in den EU-Rechnungshof durch Bundeskanzlerin Merkel hervor, trotz erheblicher Widerstände gegen diese Personalie (und mit 169 Gegenstimmen sowie 55 Enthaltungen im EU-Parlament). Als Parlamentarier entschied er über die EU-Anti-Tabakrichtlinie oder das Urheberrecht, obwohl Zigarettenhersteller (Camel, Japan Tobacco International) und Musikkonzerne (Sony-Tochter Music Entertainment) zu seinen Mandanten zählen.<sup>95</sup> Er wurde 2008 von der Organisation LobbyControl beim „Worst Lobby Award“ zum schlimmsten deutschen Europa-Lobbyisten gekürt. Er soll nach dem Willen der Kanzlerin trotzdem eine wichtige Rolle in der Beurteilung im Freihandelsabkommen TTIP mit den USA spielen, um als Rechnungsprüfer dem Abkommen eine „Un-

79 Klimaretter Info 2014

80 <https://www.openpetition.de/petition/argumente/petition-gegen-die-freihandelszone-mit-den-usa>

81 Kampagne „Stoppt TTIP“ unter [www.campact.de](http://www.campact.de)

82 <http://ttip-unfairhandelbar.de/>

83 Auf Seite 35

84 [www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG\\_Handel/pospap\\_ttip\\_fin.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Handel/pospap_ttip_fin.pdf)

85 Siehe [www.zeit.de/2014/05/freihandelsabkommen-europaeische-union-usa](http://www.zeit.de/2014/05/freihandelsabkommen-europaeische-union-usa)

86 <http://www.gruene.de/themen/energiewende/das-transatlantische-freihandelsabkommen-chance-oder-gefahr-fuer-klima-und-umwelt.html>

87 [inksfraktion.de/pressemitteilungen/freihandelsabkommen-usa-stoppen/](http://inksfraktion.de/pressemitteilungen/freihandelsabkommen-usa-stoppen/)

88 Dpa-Bericht vom 22.01.2014

89 Berliner Zeitung vom 21.01.2014

90 Siehe Kritik der Deutschen UNESCO-Kommission, des deutschen Kulturrates und des WDR auf ihren Internet-seiten

91 Ver.di Publik Nr.8 vom Dezember 2014

92 <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/freihandel>

93 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

94 [http://www.europarl.europa.eu/meps/de/2224/KLAUS-HEINER\\_LEHNE\\_home.html](http://www.europarl.europa.eu/meps/de/2224/KLAUS-HEINER_LEHNE_home.html)

95 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>



bedenklichkeitsbescheinigung“ zu erteilen. Denn bislang war der EU-Rechnungshof eine der wenigen Institutionen, die sich kritisch mit der Verschwendung von Steuermitteln etc. auseinandergesetzt hat. Demgegenüber gilt Lehne als Mann der Industrie ohne Berührungängste.

### Entwurf eines „alternativen Handelsmandates“

Kurz vor Beginn der zurückliegenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO in Bali im Dezember 2013 und der dritten Runde für das Freihandelsabkommen EU-USA hatte Attac Deutschland gemeinsam mit weiteren 49 zivilgesellschaftlichen europäischen Organisationen deshalb ein „Alternatives EU-Handelsmandat“ (ATM-Projekt) veröffentlicht. Die Organisationen entwerfen darin eine EU-Handels- und Investitionspolitik, die der Mehrheit der Menschen statt den Profitinteressen weniger dient und die Umwelt bewahrt.<sup>96</sup> Das 20seitige Dokument schlägt vor, zentrale Prinzipien wie Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte und Umweltschutz zur Grundlage der EU-Handelspolitik zu machen. Damit würden auch die EU-Grundrechte-Charta von 2007<sup>97</sup> und die revidierte EU-Sozialcharta von 1996<sup>98</sup> ernst genommen. Der Mitinitiator Johannes Lauterbach (Attac) von der Allianz für ein alternatives Handelsmandat und Co-Autor von „Die Freihandelsfalle“ wird zusammen mit dem Verfasser dieses Beitrages am 19. März 2013 im Stuttgarter Kulturzentrum Forum 3 auch die Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Selbstverwaltung darstellen.<sup>99</sup>

Das wichtige Anliegen von ATM (Alternatives Handelsmandat) ist die demokratische Kontrolle der Menschen über ihre Handels- und Investitionspolitik. ATM wendet sich deshalb gegen das Prinzip geheimer Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und setzt sich für neue Transparenz-Regelungen ein. Das Mandat zur Einleitung der Verhandlungen soll der EU-Kommission entzogen und den Parlamenten übertragen werden. Vor Verhandlungsbeginn sollen unabhängige und umfassende Notwendigkeits- und Bedarfstests unter Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, begleitet von regelmäßigen öffentlichen Konsultationen zum Verhandlungsstand und von unabhängigen Untersuchungen zu Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte etc. Vor Vertragsabschluss sollen nochmals umfassende öffentliche Konsultationen durchgeführt werden. Diese ATM-Vorschläge sollen in Kampagnen in die Öffentlichkeit und an das EU-Parlament herangetragen werden, um so auch zur Stärkung des Widerstandes gegen TTIP beizutragen.<sup>100</sup>

96 <http://www.attac.de/presse/detailansicht/news/europaeische-zivilgesellschaft-praesentiert-alternatives-eu-handelsmandat/?cHash=d1555f38ccee5bec974ce725a1c61f2b>

97 <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/32007X1214/htm/C2007303DE.01000101.htm>

98 <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTrait-es.asp?MA=4&CM=7&CL=GER>

99 <http://www.forum3.de/vortraege/284/>

100 Johannes Lauterbach in Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

Wie wichtig jetzt Widerstand und Alternativen sind, zeigt die Befürchtung, dass die Regelungen von TTIP langfristig und dauerhaft angelegt sein sollen, also quasi unumkehrbar sind. Denn einmal beschlossene Regelungen und Verträge sind für gewählte Politiker nicht mehr änderbar, da bei jeder Änderung alle Vertragspartner zustimmen müssten. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag nicht aussteigen, da die EU den Vertrag abschließt. Damit würden Demokratie und Rechtsstaat ausgehöhlt.<sup>101</sup>

### Gefährdung des Vorsorgeprinzips durch TTIP

Eine weitere große Sorge der Zivilgesellschaft ist die Gefährdung des in der EU geltenden Vorsorgeprinzips durch TTIP. In der EU müssen Firmen nachweisen, dass ihre Produkte unschädlich sind. In den USA gilt das Umgekehrte. Zum Beispiel stellen Gentech-Pflanzen so lange kein Risiko dar, bis das Gegenteil bewiesen ist. Kritiker befürchten deshalb, dass sich das angestrebte Abkommen als Türöffner für Gentechnik auf den Äckern der EU erweisen könnte, obwohl die meisten Verbraucher das nicht wollen. Die Befürchtung ist begründet: Denn die deutsche Bundeskanzlerin selbst möchte die Zulassung ermöglichen. Sie wies den deutschen Landwirtschaftsminister deshalb an, sich Mitte Februar 2014 bei den Verhandlungen in Brüssel zu enthalten. Dadurch kam es zu einem Abstimmungsdebakel, bei dem sich zwar eine deutliche Mehrheit von 18 EU-Staaten gegen die Zulassung von Genmais aussprachen, in Übereinstimmung mit 85% der Bevölkerung und der Bauern, aber der zuständige EU-Kommissar anstelle des EU-Parlamentes die auch von ihm gewollte Zulassung anordnen kann – wo bleibt da die Demokratie? Weil die Standards in vielen Bereichen in der EU höher sind als in den USA, könnte es am Ende darauf hinauslaufen, dass Europa sein Niveau senkt. Profitieren werden vor allem Großkonzerne.<sup>102</sup>

### Zugeständnisse an die USA erwünscht

Der für Energiefragen zuständige deutsche EU-Kommissar Oettinger hat sich bereits für Zugeständnisse an die USA ausgesprochen, im Sinne einer notwendigen „Kompromissbereitschaft bei den Verhandlungen“. Wörtlich erklärte er in einem Interview mit der Wochenzeitung Kontext: „Es stellt sich die Frage, ob wir unseren Handel erleichtern. Klar ist, da haben wir verschiedene Interessen, da haben wir Kulturunterschiede. Ein Abkommen wird nur über einen Kompromiss zu erreichen sein. Dann werden wir akzeptieren müssen, dass Hähnchenschlegel aus den USA nicht unseren Freilandbedingungen entsprechen. Das ist ein Geben und Nehmen, aber ich rate dringend dazu. Wir hatten früher zu den Amerikanern engste Kontakte, heute sind sie auf dem besten Wege, pazifisch zu wer-

101 <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/?gclid=CJfBvrC5v7wCFSvHtAodoHwAZw>

102 <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/%3C%BCnter+oettinger>

den, sprich: sich verstärkt Asien zuzuwenden. Die TTIP-Abkommen sind die letzte Chance einer Brücke USA, Kanada, Mexiko, Europa. Und deshalb sage ich: kämpfen ja, aber immer wissen, es wird immer ein Package sein, wenn es dazu kommt: 50 Prozent USA und Europa".<sup>103</sup> Außerdem erklärte er: „Wir brauchen in Europa die Option des Fracking".<sup>104</sup> Und neben Fracking macht er sich auch stark für eine ausgebremschte Energiewende zugunsten der Strom-Großkonzerne sowie für mehr Militäreinsätze in Nahost zur Ressourcensicherung; das werfen ihm die Kritiker der NGOs vor.<sup>105</sup>

Im Übrigen ist auch unwahrscheinlich, dass die US-Seite bessere Arbeitsbedingungen bei einem Freihandelsabkommen akzeptiert. „Das könnte sogar zu Arbeitsplatzverlusten in Deutschland führen – und nicht wie versprochen zu neuen Stellen“, warnen die Kritiker. Deutsche Firmen bekämen einen Anreiz, in die USA abzuwandern. Auch beim Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko gab es vorher Studien, in denen ein deutlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum in Aussicht gestellt wurden. Eigentlich sollten mexikanische Kleinbauern von dem Abkommen profitieren und die Abwanderung in die USA gestoppt werden. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Landflucht in Mexiko hat sich beschleunigt und die Armut zugenommen.

## Deutschland treibt TTIP voran, USA wollen kein Scheitern

In einem aufschlussreichen „politischen Ausblick“ machte Dr. Klaus Günter Deutsch von der Deutschen Bank (DB research)<sup>106</sup> 2013 am Schluss eines Folienvortrages über die Chancen von TTIP deutlich, dass die USA unbedingt den Erfolg des Freihandelsabkommens wollen und deshalb „Scheitern nicht zugelassen“ sei. Angeblich war das Abkommen für Präsident Obama lange Zeit nicht oberste Priorität. Zuerst wollte er das Handelsabkommen mit den asiatischen Ländern anpacken, danach erst das transatlantische Abkommen in Angriff nehmen.<sup>107</sup> Denn mit den Asiaten planen die Amerikaner eine eigene Freihandelszone, die transpazifische Partnerschaftsvereinigung TPP. Diese soll neben den USA elf Länder umfassen: Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.<sup>108</sup> China wird hierbei außen vor gelassen.

<sup>103</sup> <http://www.kontextwochenzeitung.de/puls-schlag/139/der-kommissar-geht-um-1858.html>

<sup>104</sup> <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/g%C3%BCnter+oettinger>

<sup>105</sup> <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/g%C3%BCnter+oettinger>

<sup>106</sup> a.a.O.

<sup>107</sup> Einschätzung von Scott Miller, Chef für Internationale Wirtschaft in der Denkfabrik „Center for Strategic and International Studies“, die dem Weißen Haus nahesteht, zitiert in der „Wirtschaftswoche“: <http://www.wiwo.de/politik/europa/transatlantisches-abkommen-streit-um-freihandelszone/9057796.html>

<sup>108</sup> Die Transpazifische Partnerschaftsvereinbarung (TPP) TPP ist ein Projekt für eine riesige Freihandelszone in der Region, die vor allem von den USA vorangetrieben wird.

Doch inzwischen macht die USA Druck auf Europa TTIP voranzutreiben, da Präsident Obama Erfolge und Effekte auch für die Innenpolitik vorweisen will. Da die USA nun bis Dezember 2016 die Ratifizierung von TTIP anstrebt, müsse wegen des nötigen Vorlaufs der Hauptteil der Verhandlungen bis Dezember 2015 abgeschlossen sein. In den USA gebe es nach Einschätzung der Deutschen Bank<sup>109</sup> kaum Probleme mit Interessengruppen oder NGOs, (obwohl diese auch dort inzwischen sehr rührig und wirksam sind). In Europa gebe es angeblich nur von NGOs Kritik, aber Einmütigkeit von Rat, Kommission, Parlament und Verbänden. Deutschland sei bei TTIP neben Schweden und Großbritannien der „Treiber“, mit latenter Unterstützung aus Osteuropa und den Benelux-Ländern. Ein relativ schnelles Gelingen der politischen Einigung bei 2000 Seiten Vertragstext sei durchaus denkbar, wenn auch nicht innerhalb von 14 Monaten. Soweit die Einschätzung der Deutschen Bank.

Das deckt sich mit dem artikulierten Zeitdruck für das TTIP-Abkommen seitens der bereits zitierten Spitzenpolitiker aus den USA, der EU und Deutschland während der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014, die unmissverständlich zum Ausdruck brachten, den zivilgesellschaftlichen Kritikern und Gegnern im Europawahlkampf auch vom Zeitablauf her nur geringe Chancen zu geben.

## Ein „Geheimtreffen“ für einen infamen Propaganda-Feldzug für TTIP

Bereits im November 2013 hatte die EU zu einem „Geheimtreffen“ in Brüssel eingeladen, bei dem die Vertreter der Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche Propaganda für das Freihandelsabkommen mit den USA eingeschworen wurden. Die EU verlangte, dass „alle mit einer Stimme sprechen“. Das Abkommen sei geheim und solle alle regulatorischen Fragen neu regeln, die Öffentlichkeit solle ausschließlich über die Vorteile von TTIP informiert werden.<sup>110</sup> Das Abkommen sei bedeutend als ein erster wichtiger Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung und Stärkung Europas mit Einschränkungen der nationalen Souveränität – in Verbindung mit einer neuen europäischen Sicherheits- und Weltpolitik ganz im Sinne der internationalen Experten-Empfehlungen der „Venusberg-Gruppe“ unter Prof. Weidenfeld und der Bertelsmann-Stiftung.<sup>111</sup>

Die EU definierte auf der geheimen Abstimmungsrunde fünf wichtige Punkte ihres „Propaganda-Feldzuges“ für TTIP: Die Details der nichtöffentlichen Verhandlungen sollen in jedem Fall geheim bleiben, auf positive Berichte in den Medien sei mit allem möglichen Einfluss hinzuwirken, die Kritiker seien

<http://blog.zeit.de/china/2013/10/08/wettlauf-um-die-vormacht-am-pazifik/>

<sup>109</sup> a.a.O.

<sup>110</sup> <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php> sowie <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

<sup>111</sup> <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/beyond2010.php>

zu beobachten und zu überwachen und in die Schranken zu weisen, die Akzeptanz-Werbung für TTIP müsse offensiver betrieben werden unter aktiver Beteiligung der Regierungsspitzen und das Europäische Parlament sei „an die Leine“ zu nehmen, weil auch von dort erste kritische Stimmen zu befürchten seien. Immerhin räumte die EU-Kommission ein, dass es sich bei TTIP um die weitreichendsten Veränderungen der Gesellschaften in Europa seit langem handle. Sie wisse, dass die „Breite der Themen, die diskutiert werden, viel breitere Elemente der politischen Willensbildung enthalte, als das bei traditionellen Handelsabkommen der Fall sei“.<sup>112</sup>

- Ist das die „neue Weltordnung“, wie die EU sie sich vorstellt: Hinterzimmer-Politik mit den Lobbyisten und Konzernen sowie beruhigende Propaganda für die Bürger?

### Verhandlungen unter beabsichtigtem Zeitdruck trotz Wahltaktik

Auch nach dem Willen der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung soll das Abkommen spätestens 2015 in Kraft treten, trotz der heftigen Kritik und Ablehnung aus der Zivilgesellschaft und teilweise aus der Politik, vereinzelt auch aus dem Europa-Parlament. Eigentlich sollte es schon 2014 fertig sein, aber die Verhandlungen hinken dem Zeitplan hinterher.<sup>113</sup> TTIP soll schnellstmöglich unter Dach und Fach, bevor durch rührige Gegner die Stimmung auch politisch umkippt, was ansatzweise im Europawahljahr schon der Fall ist.

Sowohl die EU-Kommission als auch die deutsche Bundesregierung der großen Koalition wollen zwar über problematische und strittige Detailfragen mit den USA noch nachdrücklich verhandeln, stellen aber keinesfalls das geplante Abkommen als Ganzes in Frage (und nutzen es auch nicht als mögliches „Druckmittel“ zur vorherigen Klärung des NSA-Skandals, wie lange Zeit verkündet). In der Öffentlichkeit verweist man auf die angeblich zu erwartenden, aber von Kritikern und Wirtschaftswissenschaftlern angezweifelte, positiven Wirkungen des geplanten Abkommens auf Wachstum und Arbeitsmarkt sowie Preissenkungen in Europa in wohl kaum messbarer Größenordnung. Der EU-Handelskommissar hält die Vorteile des Abkommens für die EU für größer als für die USA, wenngleich ein „ausgeglichenes Verhandlungsergebnis mit Geben und Nehmen“ erreicht werden solle.<sup>114</sup> Allerdings würden die USA mit ihren strengeren Finanzregeln nur widerstrebend die Finanzdienstleistungen in die Verhandlungen aufnehmen.

112 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>; sowie <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

113 <http://www.carta.info/65784/glyn-moody-das-ttip-freihandelsabkommen-ist-ein-angriff-auf-das-vorsorgeprinzip/>

114 Radio-Interview mit dem Deutschlandfunk am 21.01.2014

### Geschichte Schachzüge des EU-Verhandlungsstrategen

- Sind nunmehr sowohl der Zeitplan als auch die Geheimhaltungen für die TTIP-Verhandlungen am heftigen Widerstand aus der Zivilgesellschaft und politischen Opposition bereits „geplatzt“?

Das wäre wohl zu optimistisch, auch wenn es das Ziel bleiben sollte. Aufgrund der Kritik aus der Zivilgesellschaft, dass geheime statt transparenter Verhandlungen in Demokratien inakzeptabel seien, vollzog der EU-Handelskommissar Karel de Gucht einen auf den ersten Blick erstaunlichen Wandel: In einem Brief an den deutschen Bundeswirtschaftsminister Gabriel schrieb er Anfang Januar 2014, kurz vor den im Februar angesetzten Konsultationen der für Handel zuständigen Minister der EU-Mitgliedsstaaten: „Die verbreitete Kritik am Investitionsschutz überzeugt mich, dass öffentliches Nachdenken über die Ziele der EU nötig ist, bevor wir weitermachen.“<sup>115</sup>

Den umstrittensten Teil des Abkommens, den Investitionsschutz mit der Klagemöglichkeit der Investoren und Konzerne gegen Staaten wegen gesetzlicher und tarifärer Handelshemmnisse vor WTO-Schiedsgerichten, hat er mit der Begründung in den laufenden Verhandlungen für 3 Monate ausgesetzt, „um zunächst mit den Regierungen und Kritikern über die Ziele des geplanten Abkommens zu diskutieren“<sup>116</sup>. Die jetzt mit Pathos verkündete Pause macht die Kritiker besonders misstrauisch.

- Geht es bei der „Denkpause“ um ein Aussetzen oder ein „Aussitzen“ im Europawahlkampf aus Angst vor dem „Zorn der Bürger“<sup>117</sup>?

Nach Auffassung der Kritiker aus der Zivilgesellschaft tut der Kommissar damit lediglich bis zum Europa-Wahltermin so, als sei er bereit, die massiven Bedenken der NGOs aufzunehmen. Mit der „plötzlichen Bürgernähe“ wolle der EU-Kommissar in Wirklichkeit eine erneute „krachende Niederlage“ verhindern, so argwöhnen die Kritiker. Denn bereits im Sommer 2012 schmetterte das Europaparlament sein internationale Anti-„Piraterie“-Abkommen ACTA auf Druck der Öffentlichkeit ab.<sup>118</sup> Nach der Wahl solle es bei dem „Freibrief für Konzerne“ bleiben, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Gewinne zu maximieren, so befürchtet man. Denn zum weiteren Ablauf des Konsultationsverfahrens gibt es bislang keine konkreten Aussagen.

Neuerdings will die EU-Kommission zwar ein Komitee einrichten, in dem neben sieben Industrievertretern zwei handverlesene Vertreter von Umweltschutzverbänden, zwei von Gewerkschaften (die sich mit der generellen Ablehnung von TTIP erstaunlich zurückhalten) und einer von Transparenz-Organisationen sitzen sollen. Für die übrigen Vertreter der

115 ebenda

116 <http://www.welt.de/wirtschaft/article124215246/Das-grosse-Dilemma-des-EU-Handelskommissars.html>

117 Siehe [www.greenpace.de](http://www.greenpace.de)

118 <http://www.carta.info/45597/acta-gescheitert/>

Zivilgesellschaft veranstaltet die EU-Kommission so genannte „Stakeholder Briefings“ mit „Allgemeinplätzen, ausweichenden Antworten und bewusstem Verschweigen“.<sup>119</sup> Außerdem kündigte Karel de Gucht an, Anfang März 2014 ein Papier vorzulegen, das auf die offenen Fragen eingeht – derweil die Verhandlungsgespräche über das gesamte übrige Abkommen ganz normal unter erhöhtem Zeitdruck weiterlaufen...

Tatsächlich hat der EU-Handelskommissar nach Aussagen von Beobachtern – etwa auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2014 – hinter den Kulissen, statt öffentlich, emsig Einzelgespräche mit Lobbyisten, Politikern und Vorstandschefs geführt, um TTIP als sein wichtigstes Projekt voranzutreiben.<sup>120</sup> Bei den Kritikern der Zivilgesellschaft macht er sich mit seiner Hinterzimmer-Politik immer unbeliebter. In einem Ende Januar 2014 versandten Brief an die 28 EU-Wirtschaftsminister zeigte sich Karel de Gucht „zunehmend besorgt über den immer negativeren Ton“ zum Abkommen – und zog nur deshalb die Notbremse für den umstrittensten Teil (Investitionsschutz) der Verhandlungsthemen. (Zeitgleich musste er sich zudem persönlich vor Gericht verantworten,<sup>121</sup> weil er angeblich fast 1 Million an Steuern hinterzogen haben soll<sup>122</sup>). Er steht also ziemlich unter Druck. Doch die Verhandlungen mit Washington soll das alles nicht stören.

## Investorenrechte vor staatlichen Rechten

Auch bei den laufenden TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA stehen die vermeintlichen Investorenrechte im Zentrum der Verhandlungen, die künftig Vorrang vor den umwelt- oder sozialpolitischen Entscheidungen der gewählten Regierungen genießen sollen. Kritiker halten die Schiedsgerichte für „eine alte neoliberale Lieblingsidee“, mit der eine eigene globale Konzernrechtsprechung etabliert werden soll.<sup>123</sup> „Es geht um hochgefährliche Instrumente zur Bekämpfung demokratischer Politik und um organisierte Lobbygruppen mit besten Verbindungen in Politik und Wirtschaft.“<sup>124</sup> TTIP regelt nicht etwa die Geschäftspraktiken von internationalen Investoren, zumeist transnationalen Konzernen, sondern sie schreiben umgekehrt vielmehr fest, wie Staaten mit diesen Investitionen und Unternehmen umgehen müssen. Die Investitionen, die im Hoheitsgebiet eines anderen Staates im Vertragsgebiet geschützt werden sollen, umfassen Vermögenswerte aller Art.

„Dazu gehören u.a. Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, Anteilsrechte an Firmen und Portfolio-Investitionen, die sogenannten Rechte des geistigen Eigentums (u.a. Urheberrechte, Patente,

Marken, Sortenschutzrechte), öffentlich-rechtliche Konzessionen, z.B. im Bergbau, und andere Ansprüche und Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben.“<sup>125</sup> In Investitionsverträgen werden die Schutzstandards für den Investor festgelegt, z.B. Anspruch auf Entschädigung im Fall direkter oder „indirekter Enteignung“ (als unbestimmter Rechtsbegriff). In Schiedsklauseln werden Sonderklagerechte für Investoren in Schiedsverfahren eingeräumt, wenn sie ihre Rechte aus dem Investitionsabkommen verletzt sehen. In einem Streitfall in Kanada über Medikamente wurden sogar durch ein internationales Schiedsgericht Patente vorzeitig außer Kraft gesetzt. Das gilt deshalb als besorgniserregend, weil solche Fragen beim TRIPS-Abkommen über Patente etc. noch der Entscheidungsfreiheit der WTO-Mitgliedsstaaten überlassen wurden.<sup>126</sup>

Die über 500 Schiedsstellen, die seit den letzten Jahren weltweit tätig sind, haben sich bereits verselbstständigt und dienen überwiegend den Kapitalinteressen.<sup>127</sup>

Deshalb haben mehrere NGOs (wie Greenpeace, IBFAN; Global Marshall Plan Initiative, Naturefriends International, Transnational Institute sowie International Trade Union Confederation) am 16. Dezember 2013 einen gemeinsamen Brief an EU-Handelskommissar Karel de Gucht geschrieben. Darin fordern sie die endgültige Herausnahme des „Investor-State Dispute Settlement“ (ISDS) – also des Investorenklagerechtes gegen Staaten – aus den Verhandlungen zum dem Transatlantischen Abkommen.<sup>128</sup>

Der EU-Handelskommissar verteidigte in einem Interview<sup>129</sup> gleichwohl die Schlichtungsverfahren weiterhin, da 52% in den letzten 2 Jahren von europäischen und deutschen Unternehmen angestrengt worden seien und nur so eine Handhabe bestehe, unternehmerische Ansprüche durchzusetzen. Deswegen wäre eine Abschaffung dieses Systems „ein riesiger Fehler“, denn unsere europäischen Unternehmen „brauchen so ein Abkommen“. Die bestehende Gesetzeslage in Europa würde dadurch nicht angetastet. Der CDU-Europaabgeordnete Daniel Caspary schlägt vor, Transparenz der internationalen Schiedsverfahren dadurch zu erzielen, dass die Verhandlungen nach dem Vorbild des „Haager Tribunals“<sup>130</sup> öffentlich abgehalten werden.<sup>131</sup>

119 [www.campact.de](http://www.campact.de)

120 <http://www.welt.de/wirtschaft/article124215246/Das-groesse-Dilemma-des-EU-Handelskommissars.html>

121 taz vom 11.11.2013

122 ebenda

123 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35/2014

124 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

125 ebenda

126 ebenda

127 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02.2014

128 Gemeinsamer Brief vom 16.12.2003

129 Rundfunkinterview mit dem Deutschlandfunk am 21.01.2014

130 Das Haager Tribunal mit Sitz in Den Haag wurde von der Uno während des Jugoslawien-Krieges eingerichtet zur Verhandlung von Kriegsverbrechen als ad-hoc-Strafgerichtshof

131 Berliner Zeitung 21.01.2014

## Die dubiose Rolle der WTO-Schiedsgerichte

Das Klagerecht vor internationalen Schiedsgerichten – und damit vorbei an den nationalen oder europäischen Gerichten der Gaststaaten – kann wahlweise vor dem „International Centre for Settlement of Investment Disputes“ (ICSID) erfolgen, das unter Aufsicht der Weltbank-Gruppe steht. Dort gilt eine Schiedsordnung des „UN Committee on International Trade Law“ (UNCITRAL). Die betreffenden Investoren können aber auch andere Schiedsstellen etwa in London, Stockholm oder bei der Internationalen Handelskammer in Paris anrufen.<sup>132</sup> Die WTO-Schiedsgerichte bestehen zumeist aus drei Fachanwälten (die evtl. zuvor im privaten Sektor als Unternehmensanwälte Firmen vertreten haben), von denen je einer vom klagenden Konzern und vom beklagten Staat bzw. von beiden Staaten benannt wird sowie einem „neutralen“ Dritten.

- Drei Juristen sollen über die höchsten Gerichte beider Länder gestellt werden?

Die Schiedsgerichte tagen nichtöffentlich (wegen der „Geschäftsgeheimnisse“) und eine Berufung gegen ihre Urteile ist nicht zugelassen; die Entscheidungen sind verbindlich und letztinstanzlich ohne Berufungsmöglichkeit. Kritisch und konfliktträchtig wird es immer, wenn gewinnschmälernde staatliche Maßnahmen oder Auflagen vor die Schiedsgerichte kommen, weil die Unternehmen einen Anspruch auch auf künftige Gewinne haben und quasi darauf, dass neue Gesetze diese nicht schmälern dürfen. Mit anderen Worten: „Neue Gesetz können nur verabschiedet werden, wenn sie die Unternehmensgewinne steigern – im Zweifel auf Kosten der Allgemeinheit. Die Unternehmen bekommen also eine Garantie auf zukünftige Gewinne. Und die Allgemeinheit bekommt die Garantie, dass sie draufzahlt.“<sup>133</sup>

## Streit um die Rechtmäßigkeit der Schiedsgerichtsklausel bei TTIP

Mit der Unterordnung von Staaten unter die Investoren an ihrer eigenen Gerichtsbarkeit vorbei sprechen Kritiker von einer Art „Putsch von oben“ durch die staatlich beauftragten Verhandlungsführer der EU beim TTIP-Abkommen: Die angestrebten Regelungen seien rechtsstaatlich bedenklich und teilweise verfassungswidrig. In Deutschland hielten sie auch das Sozialstaatsgebot, eine unveränderbare „Ewigkeitsklausel“ im Grundgesetz, aus. Es darf nicht sein, so sagen die Kritiker, dass es einem geheim tagenden Gremium von Unternehmensanwälten gestattet ist, den Willen europäischer Parlamente kurzerhand außer Kraft zu setzen und unseren Rechtsschutz zunichtezumachen sowie die Bürger damit rechtlos zu stellen.<sup>134</sup> Nach Ansicht

132 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

133 <http://www.cartia.info/65784/glyn-moody-dasttip-freihandelsabkommen-ist-ein-angriff-auf-das-vorsorgeprinzip/>

134 George Monbiot in einem Kommentar vom 27.11. 2013

des Democracy Center handelt es sich dabei um ein „privatisiertes Rechtssystem für globale Konzerne“.<sup>135</sup> „Mit der geplanten Investment-Schiedsgerichtsbarkeit kann jeder Versuch torpediert werden, Banken zu regulieren, die Gewinnsucht der Energiekonzerne zu zügeln“ oder Energieversorgung über örtliche Stadtwerke zu kommunalisieren, Bahnunternehmen zu renationalisieren oder Bergbauriesen zum Verzicht auf die Erschließung fossiler Bodenschätze in Naturschutzgebieten zu zwingen.<sup>136</sup>

- Wie kann unter diesen Umständen Demokratie funktionieren, wenn bei jedem neuen Umweltgesetz Abmahnungsschreiben von Privatkanzeleien aus den USA bei Regierungen mit Schadenersatzforderungen eingehen, „egal ob es um Wirkstoffe für die chemische Reinigung, um Medikamente oder Pestizide für die Düngung oder um das Patentrecht geht“<sup>137</sup>, oder um kommunale Planungsvorschriften?

Internationale Schiedsgerichte außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit seien unverzichtbar wegen der ansonsten völlig unterschiedlichen Rechtslage in den beteiligten Einzelstaaten, so argumentieren die Befürworter: Für internationale Streitigkeiten seien internationale Gerichte das einzig neutrale Forum. Nationale Gerichte böten keinen ausreichenden Schutz, sie seien außerdem „parteiisch“ oder zu wenig „unabhängig“. Die TTIP-Regelungen zum Investorenschutz würden leer laufen, wenn es keine rechtliche Möglichkeit der Durchsetzung gäbe.<sup>138</sup> Dem wäre entgegenzuhalten: Die sogenannten Schiedsgerichte entscheiden quasi von außen ohne demokratische Legitimation, z.B. dass die Steuerzahler verklagter Staaten für entgangene Gewinne auswärtiger Konzerne finanziell aufkommen müssen, ohne sich politisch und rechtlich dagegen wehren zu können.

## Investoren fordern hohe Entschädigungen von Staaten

Die Erfahrungen mit dem seit 20 Jahren wirksamen NAFTA-Abkommens<sup>139</sup> zwischen USA, Kanada und Mexiko haben auch gezeigt, dass Investorenklagen gegen staatliche Regelungen oft vorkommen und Erfolg haben: Es gab weltweit bereits rund 500 Klagen gegen 95 Regierungen.<sup>140</sup> So etwa 2012 mit der Forderung der US-Firma Lone Pine nach 250 Mio. US-Dollar Entschädigung von der kanadischen Provinzregierung Quebec wegen eines Fracking<sup>141</sup>-Moratoriums. (Ein solches Moratorium oder vorläufiges Fracking-Verbot existiert auch in deutschen Bun-

135 <http://democracycenter.org/>

136 Siehe zu 84)

137 ebenda

138 FAZ vom 25.01. 2014

139 [http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen)

140 Diese Zahl wird in dem nachfolgend zitierten Brief genannt.

141 Das auch in Deutschland und Europa heftig umstrittene Fracking ist ein hydraulische Aufreißen von Gesteinsschichten durch Tiefbohrungen mit chemischen Zusätzen, um dadurch die Gasdurchlässigkeit der Gesteinsschichten zu erhöhen für die eigene Erdgasförderung unter Inkaufnahme von Umweltschäden.

desländern und wird laut Koalitionsvertrag bundesweit angestrebt).<sup>142</sup> Ein weiteres Beispiel ist die Klage des spanischen Ölonternehmens Repsol gegen den Staat Argentinien. Und ein anderes Beispiel ist die Klage des Tabakkonzerns Philip Morris auf Schadenersatz in Millionenhöhe von Australien wegen des missliebigen Gesetzes über Warnhinweise auf Zigarettenschachteln. Ein US-Unternehmen verklagt die Regierung von Peru für ihre Entscheidung, den Umgang mit Giftmüll zu regulieren sowie ein stark umweltschädliches Hüttenwerk zu schließen. Und der Ölkonzern Chevron greift über eine Investor-Staat-Klage ein ecuadorianisches Gerichtsverfahren an, in dem er wegen massiver Umweltzerstörung im Amazonas-Gebiet zu Schadenersatz-Zahlungen verpflichtet wurde.<sup>143</sup>

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Klagen vor solchen Schiedsgerichten ständig an und die Summen der zugebilligten Entschädigungen wachsen. Z.T. gehe es um Milliardenbeträge. Am klagefreudigsten sind US-Investoren mit bisher 123 Klagen, danach folgen die Niederlande mit 50, Großbritannien mit 30 und Deutschland mit 27 Klagen.<sup>144</sup> In 40% der Fälle haben die Regierungen das Schiedsverfahren gewonnen, in 30% der Fälle die Investoren und in weiteren 30% gab es Einigungen oder Kompromisse.<sup>145</sup> In der NAFTA-Freizone hat es bei fast jeder neuen Gesundheits- oder Umweltschutzaufgabe Briefe und Klagedrohungen von Kanzleien aus New York oder Washington an die kanadische Regierung gegeben, ob es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide oder Patentrecht ging.<sup>146</sup>

### TTIP wurde von langer Hand vorbereitet

Das Vorgehen und die Zielrichtung bei TTIP erinnert an den bereits einmal klammheimlich gestarteten und gescheiterten Versuch, Mitte der 1990er Jahre das multilaterale MAI-Investitions-Abkommen für die damals 29 reichsten Länder der OECD auf den Weg zu bringen. Es war damals im allerletzten Moment an der Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft gescheitert. Lange wurde seither hinter den Kulissen geplant und überlegt, wie man auf andere Weise zu den erhofften Ziele und sogar noch darüber hinaus kommen könnte: mittels TTIP & Co. Um ein zweites Scheitern zu verhindern, verliefen die Vorbereitungen gründlich, vernetzt und schon sehr lange.

Formell liegen mehrere Entschließungen der EU aus den Jahren 1990, 1998 und 2005 vor, über die Schaffung einer Freihandelszone mit den USA zu

verhandeln.<sup>147</sup> Von diesen Festlegungen kann man nicht mehr Abstand nehmen. Bereits im April 2007 wurde eine „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration“ zwischen der EU und den USA unterzeichnet. Der an anderer Stelle bereits erwähnte „Transatlantische Wirtschaftsrat (TEC)“<sup>148</sup>, der daraufhin im „Weißen Haus“ 2007 von US-Präsident George W. Bush, der damaligen EU-Ratspräsidentin Angela Merkel und dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gegründet wurde, erhielt eine Doppelspitze aus je einem Vertreter der EU und der USA.<sup>149</sup> Er befasste sich bereits fünf Jahre lang mit den Hürden, die einer Einigung im Wege stehen könnten.

Der Berichterstatter für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen im Ausschuss für Angelegenheiten der EU Thomas Bareiß bezeichnete TEC als die zentrale Plattform der transatlantischen Zusammenarbeit. Kritiker, wie der liberale Europa-Abgeordnete Alexander Graf von Lambsdorff, halten hingegen TEC für überflüssig, weil es die erhofften Ergebnisse nicht erbracht hat. Vor allem hätten die Gesetzgeber auf beiden Seiten neue Hürden errichtet, anstatt alte abzubauen. Die Arbeit des TEC litt von Anfang an. Während für die EU mit Günter Verheugen ein EU-Vizepräsident antrat, schickten die Amerikaner nur einen Präsidentenberater. Anfangs war das der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates des Weißen Hauses Allan B. Hubbard.<sup>150</sup>

Bemerkenswert ist die Zusammensetzung des Beratungsgremiums (Advisory Group<sup>151</sup>) des TEC, bestehend aus den Vorsitzenden der drei transatlantischen Zusammenschlüsse „Transatlantic Business Dialogue“ (TCD) und „Transatlantic Legislator Dialogue“ (TALD). Der deutsche BDI-Vizepräsident Jürgen Thumann nimmt als Vorsitzender und zugleich als Präsident des europäischen Wirtschaftsverbandes BUSINESSEUROPE von europäischer Seite an den Treffen von TEC teil.<sup>152</sup> Erstmals zählten auch Arbeitnehmervertreter zu den Teilnehmern des TEC-Treffens im Oktober 2009.

### Moderner Feudalismus

Bei den aktuellen Verhandlungen zwischen EU und USA sind zwar Lobbyvertreter in großem Umfang eingebunden, aber seit 2009 keine Gewerkschaftsvertreter, Verbraucherschützer oder NGOs mehr, vor denen man offensichtlich einiges zu verbergen hat. „Wirtschaftsmacht, Medien und Politik bilden damals wie heute eine Allianz gegen die Interessen einer großen Mehrheit der Bevölkerung mit dem

142 Siehe Text des Koalitionsvertrages der Bundesregierung: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

143 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

144 [www.campact.de](http://www.campact.de)

145 Nach Aussagen der UN-Organisation für Handel und Entwicklung, zitiert in einer WDR-5-Sendung über TTIP im Januar 2014

146 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

147 [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freizoneabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freizoneabkommen)

148 Siehe u.a. <http://de.wikipedia.org/wiki/Freizoneabkommen> sowie <http://www.attac.de/ttip> und <https://www.campact.de/>

149 [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_zur\\_Gr%C3%BCndung\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Gemeinschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_zur_Gr%C3%BCndung_der_Europ%C3%A4ischen_Gemeinschaft)

150 [http://en.wikipedia.org/wiki/Allan\\_Hubbard](http://en.wikipedia.org/wiki/Allan_Hubbard)

151 <http://www.advisorygroup.ch/>

152 [http://www.bdi.eu/download\\_content/Marketing/Transatlantisch\\_Wirtschaftsintegration.PDF](http://www.bdi.eu/download_content/Marketing/Transatlantisch_Wirtschaftsintegration.PDF); [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantische\\_Wirtschaftsintegration](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantische_Wirtschaftsintegration)

Ziel, die soziale Marktwirtschaft einem modernen Feudalismus zu unterwerfen.“<sup>153</sup>

Denn alle dem Abkommen entgegenstehenden oder beschränkenden nationalen Regelungen, soweit sie neu erlassen werden, etwa neue Gesetze zum Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, zum Umwelt- und Gesundheitsschutz, zum Schutz kultureller Güter, Regelungen zu öffentlichen Ausschreibungen oder zur Raumordnung mit planerischen Einschränkungen etc., würden womöglich als unzulässige Handelshemmnisse angesehen – wenn nicht sogar als gewinnschmälernde „schleichende Enteignungen“, für die Schadenersatz verlangt oder vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit erstritten werden kann. Auch der Schutz regionaler Nahrungsmittelproduzenten oder kommunaler Subventionen für örtliche Einrichtungen wären als für auswärtige Investoren handelshemmend und wettbewerbshindernd zu untersagen. Der Abbau restlicher Zölle ist nur ein nachrangiges und unbedeutendes Motiv für das Abkommen.

Harsche Kritik wird von den Unterstützern der Petition gegen TTIP in einem Internet-blog<sup>154</sup> artikuliert: „Hinter dem als Wirtschaftsgenerator beschriebenen Abkommen verbirgt sich in Wirklichkeit ein Tributsystem, wie es das Universum noch nicht gesehen hat. US-Firmen erhalten mit dem Inkrafttreten des Abkommens den rechtlichen Status eines Staates, wenn sie sich in Europa niederlassen. Sie sind damit immun gegenüber jeglicher staatlichen Gesetzgebung.“ Man verdächtigt die deutsche Kanzlerin Merkel, dass sie mit dieser „Tributpolitik“ gegenüber den USA ihre politisch-wirtschaftliche Machtposition durch einen „ultimativen Raubzug“, für den sie eingesetzt wurde, sichern soll.<sup>155</sup>

### Interessenkollision zwischen den Verhandlungspartnern

Trotz der geringen Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte, aber dennoch erhofften Gewinne, geht es bei aller Freundschaft der Handels- und Vertragspartner um knallharte Interessen, wie in der „Wirtschaftswoche“ anschaulich aufgezeigt:<sup>156</sup> „Denn je nachdem, wie die Regeln ausgestaltet werden, fallen die Milliardenwerte diesseits oder jenseits des Atlantik an: Welche Branchen können von der Zollsenkung profitieren? Werden einzelne Produkte oder ganze Warengruppen von den Fortschritten ausgeschlossen? Für die amerikanischen Hühnerzüchter ist es beispielsweise höchst wichtig, dass auch ihre mit genverändertem Futter aufgezogenen Viecher in die EU verkauft werden dürfen. Die Europäer möchten dagegen lieber kein Gen-Huhn aus US-Produktion. Dasselbe gilt für die Frage von Umweltstandards, beispielsweise bei Automobilen (...).“

Und für die staatlichen amerikanischen Unterhändler ist es ein entscheidender Vorteil, wenn sie in Erfahrung bringen (etwa auch über NSA-Wirtschaftsspionage?), bei welchen Punkten die Europäer für sich noch Verhandlungsspielraum sehen oder wo die Schmerzgrenze liegt. Für sie wäre es zudem attraktiv zu erfahren, wie sich die „europäische Front“ zusammensetzt, welche Länder bei diesem oder jenem Produkt besonders kritisch sind, um ihre Verhandlungsstrategie besser festlegen zu können oder gar Druck auf einzelne EU-Staaten auszuüben sowie die Verhandlungsposition der Kommission anders festzulegen. (Das ist ein Anlass, warum die EU-Kommission, die Geheimhaltung ihrer Verhandlungspositionen gegenüber Kritikern verteidigt). Nicht jedes kleine EU-Land möchte beispielsweise seine eigenen Handelschancen gefährdet sehen, wenn die Agrargroßmacht Frankreich weiter auf den Schutz ihrer Landwirte setzt. Europa hofft zudem auch auf Aufträge für Projekte des Straßenbaus und des öffentlichen Verkehrs.

In den USA mit Hormonen behandeltes Fleisch sowie gechlorte Hühner sind derzeit in der EU verboten. Und beim Einsatz gentechnisch behandelter Pflanzen sieht die EU, anders als in den USA üblich, eine Mitteilungspflicht auf der Verpackung vor. Das soll sich ändern, denn die US-Unternehmen sollen künftig zu ihren vorwiegend niedrigeren Standards Waren in Europa anbieten können. „Aufgrund der fehlenden Qualitätsstandards sind die US-Produkte natürlich billiger als die europäischen – ein Verdrängungswettbewerb wird beginnen. Am Ende werden die niedrigeren Preise mit höheren gesundheitlichen Risiken bezahlt werden. Dieses Wegkonkurrieren von Qualitätsstandards wird auch die arbeitsrechtlichen, sozialen und ökologischen Mindestregulierungen schwächen.“<sup>157</sup> So siegt „heimliche Konzernherrschaft“ über offene Demokratie<sup>158</sup>...

### Wirtschaftslobbyisten sitzen stets mit am Tisch

Der US-Präsident Obama und Hermann Van Rompuy als Präsident des europäischen Rates hatten auf einem EU-US-Gipfeltreffen im November 2011 eine „High-Level Working Group on Jobs and Growth“ gegründet. Deren Mitglieder blieben lange geheim, bis sie auf Druck der NGO „Corporate Europe Observatory“ veröffentlicht wurde.<sup>159</sup> Diesem seit April 2012 tagenden Beratungsgremium gehören vor allem Wirtschaftslobbyisten wie „Business Europe“, ein europäischer Arbeitgeberverband mit Sitz in Brüssel, und Vertreter der Bertelsmann-Stiftung an, von denen natürlich keiner ein demokratisches Mandat hat.

153 Charles Derber, zitiert auf [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

154 <http://stopesm.blogspot.de/2013/11/jetzt-petition-gegen-ttipafta-zeichnen.html#.Uvpg4oXviWE>

155 <http://stopesm.blogspot.de/2013/11/jetzt-petition-gegen-ttipafta-zeichnen.html#.Uvpg4oXviWE>

156 ebenda

157 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02.2014

158 Oekumenischer Informationsdienst Nr. 104 Winter 2013/2014

159 Who's scripting the EU-US trade deal? Corporate Europe Observatory - Exposing the power of corporate lobbying in the EU", 17. Juni 2013"

Außerdem entsteht seit 2009 mit den laufenden Verhandlungen zum dem erwähnten EU-Kanada-Freihandelsabkommen CETA die „Blaupause“ zum „großen transatlantischen Abkommen“. Nach Aussagen des EU-Verhandlungsführers de Gucht seien die Verhandlungen zu CETA bald mit ratifizierungsfähigen Beschlüssen beendet.<sup>160</sup> Im Februar 2013 bekräftigten US-Präsident Obama und EU-Kommissionspräsident Barroso in einer gemeinsamen Erklärung das Vorhaben einer Freihandelszone ihrer beider Wirtschaftsböcke.<sup>161</sup>

Bislang hatten die einzelnen EU-Staaten bereits zahlreiche Investitionsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen, davon hat alleine Deutschland 140 solcher Verträge, wie schon erwähnt. Darin verpflichtet es sich gegenüber Investoren, als Staat „fair und ausgeglichen“ zu handeln. Aufgrund eines solchen Abkommens ist die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall ermöglicht worden, die Bundesrepublik Deutschland auf Schadenersatz für entgangene Gewinne wegen der Beschlüsse zum Atomausstieg zu verklagen. Nun möchte laut Karel de Gucht die EU den Flickenteppich an Einzelregelungen durch „moderne und nachvollziehbare“ Vereinbarungen ablösen und damit zugleich „ein für alle Mal einen Missbrauch der Investmentregeln verhindern“.

Trotz alledem stehen die Chancen zur Verhinderung des umstrittenen Abkommens nicht schlecht, da es am Ende in jedem einzelnen Mitgliedsstaat ratifiziert werden muss. Möglich sind auch Volksentscheide in einzelnen Mitgliedsländern. Wird der Vertrag von nur einem Staat nicht ratifiziert, wäre er vorerst gescheitert.<sup>162</sup>

## TTIP als Gegenbild zur sozialen Dreigliederung

TTIP zeigt die weltweit zunehmende Dominanz der Wirtschaft und des Marktes über die politischen und rechtlichen sowie kulturellen Entscheidungs- und Gestaltungsbereiche. Damit entfernen wir uns immer mehr von den Bedingungen der „sozialen Dreigliederung“ (die „Dreifaltigkeit von Freihandel, Deregulierung und Privatisierung“ hat wahrlich nichts mit ihr gemeinsam!), obwohl diese für die Menschen und ihr Zusammenleben im Sozialen lebensnotwendig wären. Das Gegenbild zur sozialen Dreigliederung und zur europäischen Idee wird Wirklichkeit, anstatt dass eine grundlegende Wende in der Handels- und Wirtschaftspolitik eintritt: Politik und Wirtschaft mit ihrer allzu engen Verflechtung treten machtvoll als „gemischter König“ auf und lassen der Freiheit zur Gestaltung eines anderen Europa und einer anderen Welt nur wenig Spielraum.

Indem unser Beitrag zu diesem Fazit kommt, ist er zugleich auch Aufruf zum energischen Handeln gegen diese Fehlentwicklungen. Alternativen müssen aufgezeigt werden! Denn immer, wenn auf einer Seite Reichtum unglaublich vermehrt wird, werden auf der anderen Seite Massenarmut und Korruption verbreitet.<sup>163</sup>

TTIP „führt zunehmend zu einer Unterordnung des Verhaltens des Einzelnen unter den Willen der Wirtschaft. Das sind im Kern Wesenszüge eines totalitären Regimes. Der Staat als Hüter der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung verliert seine Bedeutung und Macht, weil global agierende Konzerne ihre Regeln für allgemeingültig erklären.“<sup>164</sup> Die Wirtschaft gewinnt so die Oberhand über das Rechtsleben und erstickt damit die individuelle Freiheit und den Sozialimpuls.

Auch von einem „fairen Handel“, den TTIP für sich in Anspruch nimmt, sind wir angesichts der wenigen Gewinner und vielen Verlierer noch weit entfernt. TTIP gilt als das „unfairste Handelsabkommen aller Zeiten“. Deshalb ist die Zivilgesellschaft mehr denn je gefordert, dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten, denn TTIP wäre – wie dieser Beitrag aufzeigt – eine weitere Todsünde der EU<sup>165</sup> und der Ausverkauf einer großen Idee von Europa für die Welt. Auch wenn der „europäische Traum“ und die Wirklichkeit ziemlich weit auseinander liegen, könnte die eigentliche Idee und Aufgabe Europas wiederbelebt werden. Das wäre besonders gut über die öffentliche Debatte um TTIP während des Europawahlkampfes zu erreichen, auch als Schritt von einer (egoistischen) nationalen zu einer europäischen Identität mit weltbürgerlicher Gesinnung, welche die richtigen Impulse für die Zukunft zu setzen imstande ist.

Zu Recht scheiden sich an TTIP die Geister: Es wird sichtbar, wer zum solidarischen Wirtschaften unter Beachtung von Sozial- und Menschenrechten und überdies zum Teilen bereit ist. Denn zu teilen statt zu übervorteilen macht alle reich.

<sup>160</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)

<sup>161</sup> Nicola Liebert am 14. Februar 2013 in der taz sowie Reuters-Meldung vom 21. Februar 2013 zu Merkels Äußerungen

<sup>162</sup> [www.campact.de](http://www.campact.de)

<sup>163</sup> [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

<sup>164</sup> ebenda

<sup>165</sup> Michel Reimon/Helmut Weixler: „Die sieben Todsünden der EU. Vom Ausverkauf einer großen Idee.“ Verlag Ueberreuter 2006



## Internationale Handelsabkommen zur „Liberalisierung der Märkte“ als fragwürdige Instrumente des Scheiterns

Als kleineres Vorbild für das Freihandelsabkommen TTIP verweist man auf das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA („North American Free Trade Agreement“)<sup>1</sup> von 1994 zwischen USA, Kanada und Mexiko (dessen wirtschaftliche Erfolge allerdings zwiespältig und umstritten sind, wie bereits erwähnt). Insgesamt gibt es weltweit ca. 3000 zwischenstaatliche Handelsabkommen<sup>2</sup>. Denn internationale, bilaterale oder multinationale Handelsabkommen haben schon eine längere Geschichte, aus der leider eher Misserfolgsgeschichten hervorgegangen sind, mit einer Bilanz des anhaltenden Scheiterns „fairer Handelsvereinbarungen“:

Bereits vor 60 Jahren, im Oktober 1947, wurde in Genf das Allgemeine Zollabkommen GATT („General Agreement on Tariffs and Trade“)<sup>3</sup> von 23 Gründungsmitgliedern (darunter USA, China, Australien) abgeschlossen, mit dem Ziel, Zölle und gesetzliche Handelshemmnisse zu beseitigen, quasi als Grundlage für die heutige Globalisierung (zum Vorteil der westlichen Industrienationen und großen Konzerne und zum Nachteil vor allem der Entwicklungsländer und ihrer Kleinbauern). Deutschland trat dem Abkommen im Oktober 1951 bei. Seit 1948 wurden in zunächst acht Verhandlungsrunden ständig die Zölle der Vertragsstaaten gesenkt sowie Gesetze geändert, die dem freien Waren- und Geldverkehr „im Wege standen“, so auch Umwelt- und Sozialstandards.

Am 15. April 1994 wurde nach siebenjähriger Verhandlungszeit in der sogenannten „Uruguay-Runde“ die Welthandelsorganisation WTO („World Trade Organization“) als internationale Organisation für Regelungen von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Sitz in Genf gegründet. Ihr gehören inzwischen 159 bzw. 160 Mitgliedsstaaten<sup>4</sup> an. Die WTO ist neben dem IWF (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt und vor allem eine Koordinierungs- und Streitschlichtungsfunktion hat.<sup>5</sup> Von der WTO wurde ab 1. Januar 1995 die Betreuung des GATT-Abkommens sowie weiterer Abkommen wie GATS (Abkommen über den freien Handel mit Dienstleistungen) und TRIPS (Abkommen über die Verwertung geistigen Eigentums) übernommen. Sie setzt sich u. a. nachdrücklich für die Privatisierung staatlicher Aufgaben ein.<sup>6</sup> Mit der sogenannten Doha-Entwicklungsrunde („Doha Development Agenda“) wollten die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) den globalen Handel auf eine neue Grundlage stellen<sup>7</sup>. Schon die Agenda der Verhandlungen war aber lange umstritten. Im November 2001 einigte sich auf der ersten Doha-Runde in Katar die WTO-Ministerkonferenz auf das Ziel, die Märkte weiter zu öffnen und die Entwicklungsländer besser in das System des Welthandels einzubinden.

### Erfolgreiche „Doha-Runden“ der WTO benachteiligen die Entwicklungsländer

Die Industrienationen wollten daher die Doha-Runde als „Entwicklungsrunde“ verstanden wissen und die Interessen der weniger entwickelten Länder bei allen Themen stärker berücksichtigen. Ursprünglich sollte vor dem 1. Januar 2005 eine Einigung zustandekommen. Als Schwerpunkte der Verhandlungen legten die WTO-Mitglieder den Abbau von Agrarzöllen und Subventionen für landwirtschaftliche Produkte, niedrigere Zölle für Industrieprodukte sowie die Liberalisierung im Dienstleistungssektor fest. Weitere Themen waren und sind unter anderem Anti-Dumping-Regeln, Umweltfragen und der „Schutz des geistigen Eigentums“ (Patentschutz etc.) – der z. B. den Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern erschwert.<sup>8</sup>

Nach insgesamt acht zumeist gescheiterten Freihandelsrunden bildeten sich schließlich zahlreiche Ländergruppen. Besonders Entwicklungs- und Schwellenländer organisierten sich auf diese Weise, um ihre Interessen gegenüber den Industrienationen durchzusetzen. Vielfach einigt die Gruppen eine Position zu Einzelthemen. Einige Länder gehören daher mehreren Zusammenschlüssen mit jeweils unterschiedlichen Partnern an. Zu den bekanntesten zählt die Gruppe der 20. Sie entstand im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Cancun 2003. Unter Führung von China, Indien und Brasilien bildete sie damals ein starkes Gegengewicht zu den USA und zur EU. Die größte Gruppe der Entwicklungsländer hat sich in der Gruppe der 90 (G90) zusammengefunden.

Alle Versuche, die unterschiedlichen Interessen der WTO-Mitglieder in einem Gesamt-Kompromiss auszubalancieren, scheiterten bisher. Die Regierungen haben vor allem die Unternehmen des eigenen Landes im Blick. Abhängig von deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt drängen sie in einigen Branchen auf eine Öffnung der Märkte und beharren in anderen auf Protektionismus. Nach dem Scheitern der WTO-Konferenz in Cancun 2003 markierte eine Rahmenvereinbarung im Juli 2004 den Ausgangspunkt für die Fortsetzung der Doha-Runde. In Hongkong stimmten die Industrienationen im Dezember 2005 zwar dem Ende ihrer Agrarexportsubventionen bis 2013 zu. In anderen zentralen Punkten kam es aber erneut zu keiner Einigung.

Seither verliefen die Verhandlungen zäh und standen zeitweise vor dem endgültigen Scheitern. Die Verhandlungsrunde im Juli 2008 in Genf galt mit Blick auf die anstehende US-Präsidentenwahl als vorerst letzte Chance für einen Abschluss der Doha-Runde. Aber erneut gab es keine Einigung. Beim G20-Gipfel der größten Industrie- und Schwellenländer in Toronto im Juni 2010 verabschiedeten sich die Staats- und Regierungschefs von dem Ziel, die Verhandlungen bis Ende 2010 zum Abschluss zu bringen.<sup>9</sup>

1 [http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen)

2 FAZ vom 25.01.2014

3 [http://www.wasistwas.de/aktuelles/artikel/link//603ed28696/article/das-gatt-abkommen.html?tx\\_ttnews\[backPid\]=10](http://www.wasistwas.de/aktuelles/artikel/link//603ed28696/article/das-gatt-abkommen.html?tx_ttnews[backPid]=10)

4 WTO-Website sowie [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Mitgliedstaaten\\_der\\_WTO](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitgliedstaaten_der_WTO)

5 WTO-Website sowie Bundeszentrale für politische Bildung und <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>

6 Siehe Rundbriefe Dreigliederung Nr. 2/2002 und 4/2001 sowie 2/2002 u. a.

7 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html>

8 ebenda

9 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html>, sowie [http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/doha\\_runde\\_der\\_wto.html](http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/doha_runde_der_wto.html), ferner <http://de.wikipedia.org/wiki/Doha-Runde>

Schon nach Abschluss der Ministerkonferenz der WTO in Genf 2009 hatte der vor Ort anwesende ATTAC-Vertreter Johannes Lauterbach bemerkt: „Das System WTO ist am Ende“, nachdem es weder „eine Spur von Einsicht in die verheerende Rolle des Freihandelsregimes für die Hungerkrise“ gezeigt habe, noch „die Lehren aus dem Zusammenhang zwischen Deregulierung der Finanzmärkte zu ziehen“ bereit oder imstande sei.<sup>10</sup> Für die Entwicklungsländer habe man folgenlose Lippenbekenntnisse parat. Auch das Festhalten an dem Ziel, die sogenannte Doha-Runde abzuschließen, zeigt nach Ansicht von ATTAC die Unfähigkeit der WTO, grundsätzliche Fragen zur Lösung der globalen Wirtschaftskrise und die dringend erforderliche Änderung des Welthandelssystem zu diskutieren.<sup>11</sup> Trotzdem feierte sie im Dezember 2013 den „Durchbruch bei der Konferenz in Indonesien“ als „erstmalig seit ihrer Gründung 1995 gelungenen Abschluss eines globalen Abkommens zur Liberalisierung des Welthandels“.<sup>12</sup>

### Waren die jüngsten Verhandlungen in Bali das faktische Ende der WTO?

Auf der jüngsten Verhandlungsrunde in Bali im Dezember 2013, die als „Neuanfang“ gepriesen wurde, hatten Unterhändler doch noch eine nächtliche Einigung erzielt, indem flexible Zoll- und Handelserleichterungen für die ärmsten Länder eingeräumt wurden.<sup>13</sup> Die ärmsten Entwicklungsländer erhalten einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer. Die Entwicklungshilfe im Bereich des Handels soll verstärkt werden. Darüber hinaus ist der Abbau von Ausfuhrsubventionen im Agrarhandel vorgesehen, mit leichtem Vorteil für Entwicklungsländer im Agrarbereich. Vor allem Indien hatte auf Subventionen für seine Lebensmittel beharrt. Es wurde sichtbar, dass Ernährungssicherheit mit den Freihandelsvorstellungen der WTO unvereinbar sind, daran wären die Verhandlungen fast gescheitert.<sup>14</sup>

Unter anderem haben sich die Staaten dann doch darauf verständigt, zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder sämtliche Arten von Exportförderungen einschließlich der Exportkredite als Subventionen abzubauen und entsprechende Maßnahmen transparent darzustellen. Beschlossen wurden Handelserleichterungen für alle durch einen „Abbau bürokratischer Einfuhrhemmnisse“.

Allerdings machen die Vereinbarungen von Bali weniger als 10 % der Reformen aus, die die Doha-Entwicklungsagenda ursprünglich vorgesehen hat. Vieles, was beschlossen wurde, sind bloße Absichtserklärungen. Kritisiert wird an dem „Bali-Paket“ auch, dass im Bereich des internationalen Dienstleistungshandels nur wenig erreicht wurde, obwohl der internationale Dienstleistungshandel zum eigentlichen Schlüsselfaktor der Globalisierung geworden ist. Inwieweit die Einigung von Bali von den WTO-Mitgliedstaaten ratifiziert und tatsächlich umgesetzt wird, lässt sich derzeit noch nicht absehen. Bis zur Umsetzung dürfte es allerdings noch Jahre dauern.<sup>15</sup> Ob der von Bali erhoffte „Schwung für den Welthandel“ tatsächlich eintritt, wird vielfach angezweifelt, ebenso wie die Erwartung von „Millionen neuen Jobs“ und „Milliarden Dollar an Kosteneinsparungen“.<sup>16</sup>

Das Ergebnis ist also nicht so berauschend, wie es zunächst den Anschein hatte. Für viele Beobachter war Bali kein Neuanfang, sondern „eigentlich das Ende der WTO“<sup>17</sup> als einstiger politischer Wegbereiterin der Globalisierung, deren Strukturen sich in den letzten 20 Jahren nicht den weltweiten Veränderungen angepasst haben. Nur wenige werden der WTO nachtrauern, die durch TTIP einen endgültigen Bedeutungsverlust erfährt. Zwar wurde sehr emotional um Kompromisse gerungen, mit denen sich die Handelsminister von 159 Ländern nach jahrelangen Verhandlungen (mit dem schwierigen und blockierenden Prinzip der Einstimmigkeit) auf ein neues Abkommen verständigt hatten. Aber bei genauerer Betrachtung sind die Ergebnisse sehr bescheiden und der multilaterale Weg scheint am Ende zu sein.

### Das Ende multilateraler Verträge zugunsten bilateraler Abkommen

„Spätestens seit der Finanzmarktkrise findet sich zunehmend Sand im Getriebe des Welthandels“. Die aufstrebenden Volkswirtschaften wollen mehr Mitsprache und weniger westliche (amerikanische) Bevormundung. „Sie wollen bei der Gestaltung der Spielregeln der Globalisierung mitbestimmen.“<sup>18</sup> Wegen der immer unterschiedlicheren Interessen zwischen den westlichen Staaten einerseits und den aufstrebenden Ländern andererseits, gelingt es immer seltener, weltweit gültige Kompromisse zu finden. Deshalb verstärkt sich die Tendenz zu bilateralen Verhandlungen und Abkommen, wie z.B. auch mit NAFTA und neuerdings mit TTIP. Rund um den Pazifischen Ozean soll (allerdings unter Ausschluss Chinas) eine riesige Freihandelszone entstehen.

Am letzten Tag der Bali-Runde begann sogleich eine neue Runde zur Transpazifischen Partnerschaft mit 12 Pazifik-Anrainern (USA, Mexiko, und Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam sowie Chile und Peru). Das geplante TPP-Abkommen ist nach Auffassung humanitärer Organisationen „der schädlichste Handelsvertrag aller Zeiten“.<sup>19</sup> Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen wie EarthLink oder Urgewald werfen vielen großen Konzernen vor, dass sie ihre Milliarden Gewinne durch Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung und Umwelterstörung generieren. (Ausbeutung als Geschäftsmodell – hauptsächlich in den Branchen Energie, Bergbau, Agrar und Rüstung). Das aber ist nicht Gegenstand der Freihandelsabkommen. Warum nicht?

**Wilhelm Neurohr**

10 [www.attac.de/kampagnen/demokratie-statt-stuttgart-21/neuigkeiten](http://www.attac.de/kampagnen/demokratie-statt-stuttgart-21/neuigkeiten)

11 ebenda

12 Yahoo Nachrichten vom 07.12.2013

13 <http://www.handelszeitung.ch/politik/durchbruch-bei-der-doha-runde-der-wto-533539> und <http://www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html>

14 taz im Dezember 2013

15 [www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html](http://www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html)

16 Prof. Thomas Straubhaar (Universität Hamburg, Experte für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Geschäftsführer des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes HWWI), siehe auch <http://www.welt.de/wirtschaft/article122726072/Bali-ist-kein-Neuanfang-sondern-das-Ende-der-WTO.html>

17 ebenda

18 ebenda

19 taz vom 9. Dezember 2013, Seite 9